

Holzarbeiter Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 52

Berlin, den 26. Dezember 1931

39. Jahrgang

In geschlossener Front

Die Notverordnung vom 8. Dezember hat die Gemüter auf das höchste erregt, und die Erregung steigert sich, je mehr die Bedeutung der einzelnen Bestimmungen bekannt wird. Das Wichtigste ist die Senkung der Löhne und Gehälter, von der Millionen auf das empfindlichste betroffen werden. Die Erregung und die Entrüstung werden sich noch steigern, wenn der verordnete Lohnabzug am 1. Januar in Kraft getreten ist und der verminderte Inhalt der Lohntüte jedem einzelnen die Wirkung der Notverordnung ins Bewußtsein ruft.

Dem Lohnabzug am 1. Januar soll die Senkung der Preise vorausgegangen sein. Die Notverordnung selbst schreibt eine Preissenkung unmittelbar vor. Aber wenn man die Vorschriften der Notverordnung über die Lohn- und die über die Preissenkung miteinander vergleicht, dann kann man leicht zu der bitteren Feststellung kommen, daß bei der Lohnsenkung mit Scheffeln, bei der Preissenkung jedoch nur mit Löffeln gemessen wird. Aber die Notverordnung hat auch den Reichskommissar für Preisüberwachung gebracht.

Es wäre eine törichte Illusion, wollten wir im Vertrauen auf dessen segensreiches Wirken geduldig den Erfolg seiner Tätigkeit abwarten. Selbst wenn man den besten Willen des Reichskommissars voraussetzt, muß damit gerechnet werden, daß er bei seiner Tätigkeit zähem Widerstand begegnen wird. Hier erwächst den Gewerkschaften eine dankbare Aufgabe. Wir müssen den Eifer des Reichskommissars anfeuern, wir müssen die Widerstände, die der Senkung der Preise entgegengesetzt werden, energisch und nachhaltig bekämpfen. Reichskanzler und Reichsarbeitsminister haben wiederholt versichert, daß mit der Herabsetzung des Lohnniveaus eine Senkung des Reallohns nicht verbunden sein soll. Nehmen wir sie beim Wort. Bereits sind von den Zentralen der Gewerkschaften Maßnahmen in die Wege geleitet, um durch geeignete Organe die Tätigkeit des Reichskommissars für Preisüberwachung zu unterstützen und anzufeuern und dafür zu sorgen, daß sie nicht lediglich weiße Salbe bleibt.

Die Notverordnung bedeutet einen empfindlichen Druck auf die ohnehin so gedrückte Lebenshaltung der breiten Volksmassen. Ein Beschluß des Reichstags könnte sie beseitigen. Weshalb wird dieser Schritt nicht unternommen, weshalb setzt sich die parlamentarische Vertretung der Arbeiterschaft nicht dafür ein, daß der Reichstag zusammentritt und diesen Beschluß faßt? Diese Frage liegt nahe

und sie wird von vielen im Ton des Vorwurfs und der Anklage erhoben.

Wer sich die Zusammenhänge vergegenwärtigt und die Folgen des Schrittes überdenkt, wird anerkennen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Interesse der Arbeiterschaft gehandelt hat, als sie es ablehnte, sich in die Front der Nationalsozialisten und der Kommunisten einzureihen. Das Ziel, das die extremen Flügelparteien verfolgen und wofür sie Hand in Hand arbeiten, ist nicht etwa der notleidenden Arbeiterschaft zu helfen, sondern die Herbeiführung des Chaos als Vorstufe der Diktatur, die sie zu errichten trachten. Dabei droht die faschistische Gefahr unmittelbarer als die bolschewistische, so daß die Haltung der Kommunisten eine direkte Förderung der faschistischen Diktaturpläne ist.

Ein Beschluß des Reichstags auf Aufhebung der Notverordnung kann verschiedene Folgen nach sich ziehen. Der Reichstag kann aufgelöst werden. In diesem Fall bleibt die Regierung mindestens bis zur Neuwahl im Amt, und ihre erste Tätigkeit wäre der Wiedererlaß der vom Reichstag abgelehnten Notverordnung. Diese bleibt also in Kraft, und sie würde weiter in Kraft bleiben, wenn gegebenenfalls der Reichstag ein zweites Mal aufgelöst würde.

Der Beschluß des Reichstags kann aber auch den Rücktritt der Regierung zur Folge haben. In dem Fall würde eine Regierung der Rechten folgen. Das wäre die Regierung der Faschisten. Im Reichstag bekäme eine solche Regierung keine Mehrheit. Aber eine Faschistenregierung, einmal an die Macht gelangt, würde auf den Reichstag pfeifen. Sie würde sich gewaltsam über Recht und Verfassung hinwegsetzen und die faschistische Diktatur errichten. Die Zustände in Italien sprechen eine deutliche Sprache.

Und die Notverordnung? Eine faschistische Diktatur würde vielleicht auf die Form verzichten. Aber wenn man sagt, daß die Regierung Brüning die Arbeiterschaft mit Ruten züchtigt, dann würden wir unter der Herrschaft Hitlers mit Skorpionen gezüchtigt werden. Welch verheerende Wirkung eine faschistische Herrschaft auf die noch vorhandenen Reste unserer Volkswirtschaft ausüben würde, braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden. Die Aufhebung dieser, die Arbeiterschaft so schwer bedrückenden Notverordnung um den Preis der Herbeiführung eines Sklavendaseins unter der Herrschaft des Faschismus, das würde bedeuten Selbstmord aus Furcht vor Krankheit.

Im vollen Bewußtsein der auf ihnen lastenden Verantwortung haben die Vertreter der Gewerkschaften in der Sitzung des Bundesausschusses des ADGB, am 15. Dezember die schärfste Kritik an der Notverordnung geübt. Der Bundesausschuß verlangte aber nicht die Aufhebung der Notverordnung durch den Reichstag, sondern er beschloß, alle Mittel in Bewegung zu setzen, um die schädigenden Wirkungen der Notverordnung für die Arbeiterschaft abzuschwächen. Jetzt gilt es ganz besonders, Mut und Entschlossenheit zu zeigen. Die Arbeiterschaft darf nicht in Fatalismus und müde Resignation verfallen. Es gilt zu kämpfen und für weitere Kämpfe zu rüsten. Dem Mutigen gehört die Welt!

Der Bundesausschuß des ADGB hat seine Stellung zur Notverordnung in der folgenden Entschliessung niedergelegt:

„Der Bundesausschuß stellt fest, daß die Regierung in der Notverordnung die wiederholten ernststen Warnungen der Gewerkschaften unberücksichtigt gelassen und statt dessen den von den Arbeitgebern erhobenen Forderungen nachgegeben hat. Die schwerwiegenden Bedenken gegen einen allgemeinen Lohnabbau bestehen unvermindert fort, um so mehr, als in den Maßnahmen zum Abbau der Preise keinerlei Bürgschaft für einen auch nur annähernden Ausgleich der Kaufkraftminderung zu erblicken ist. Insbesondere müssen die Ausnahmebestimmungen gegen die Arbeiter des Kohlen- und Kalibergbaues und der in öffentlichen Betrieben und Körperschaften beschäftigten Arbeitnehmer entschieden bekämpft werden. Daß zu der allgemeinen Lohnsenkung auch noch eine starke Einschränkung der Leistungen der Sozialversicherung hinzutritt, zeigt, daß die schwersten Opfer wiederum der Arbeiterschaft aufgebürdet werden.“

Niemand kann ein größeres Interesse am wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands, an politischer Beruhigung und an der Erhaltung eines geordneten Staatslebens haben als die Arbeiterschaft. Es sind aber stärkste Zweifel berechtigt, ob die Notverordnung das deutsche Volk diesem Ziele näherführen wird.

Nachdem trotz aller Warnungen vor den sozialen und wirtschaftlichen Gefahren der in der Notverordnung gezeichnete Weg gegangen wird, lehnen die Gewerkschaften jede Verantwortung für die aus der Lohn- und Gehaltssenkung ohne Vorleistung einer durchgreifenden Preissenkung sich ergebenden Folgen nachdrücklich ab. Jedoch fordert der Bundesausschuß von der Regierung, daß nunmehr alle dem Preisabbau dienenden Maßnahmen nicht weniger rücksichtslos durchgeführt werden als die außerordentlichen Eingriffe in den Lohnstand und in das kollektive Arbeitsrecht. Die Gewerkschaften werden von sich aus alle Anstrengungen machen, auf einen fühlbaren Preisabbau hinzuwirken. Weiter ver-

langt der Bundesausschuß, daß schnellstens ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt wird zur endlichen Entlastung des Arbeitsmarktes und zur Behebung der Arbeitslosennot.

An die Arbeiterschaft in den Betrieben richtet der Bundesausschuß — unter Hinweis auf die nach dem 30. April 1932 zu erwartende Einschränkung der Verbindlichkeitsverpflichtungen — die Aufforderung zu erhöhter Kampfbereitschaft. Die in Aussicht genommene Lockerung des Schlichtungswesens muß zwangsläufig zu einer Steigerung der Arbeitskämpfe führen. Deshalb gilt es, für diese Kämpfe schon jetzt zu rüsten durch Festigung und Ausbau der Gewerkschaften.“

Nachdem der Bundesausschuß des ADGB, am 15. Dezember zur Notverordnung Stellung genommen hatte, fand am Abend des 16. Dezember im Sitzungssaal des Reichswirtschaftsrats eine eindrucksvolle Kundgebung statt, in welcher neben der Kritik zu dem Inhalt der Notverordnung auch sehr nachdrücklich auf die Notwendigkeit der Abwehr der faschistischen Gefahr hingewiesen wurde. Was die Notverordnung über den Schutz des inneren Friedens enthält, entspricht nicht den starken Worten, mit welchen der Reichskanzler Brüning den Kampf gegen die Anmaßung der Faschisten angekündigt hatte. Die Arbeiterschaft steht entschlossen und kampfbereit zum Schutz der Demokratie und der republikanischen Verfassung. Sie verlangt aber auch von der Staatsgewalt, daß sie den Feinden der Republik, den nationalsozialistischen Schürern des Bürgerkrieges mit der gebotenen Schärfe entgegenetrete.

Die Kundgebung im Saale des Reichswirtschaftsrats schloß mit der einmütigen Annahme der folgenden Entschliessung:

„Die Vertreter sämtlicher im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Afa-Bund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund zusammengeschlossenen Verbände, zu denen sich die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus dem ganzen Reiche, ebenso wie die der Arbeiter-Sportorganisationen gesellen, erklären unter der Teilnahme von Vertretern der überparteilichen Schutzorganisationen der deutschen Republik, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold:

Unbeschadet unserer ablehnenden Stellungnahme zu der neuen Notverordnung geloben wir, den Kampf gegen den Faschismus mit gesteigerter Aktivität fortzuführen.

Wir werden unsere Kampfmethoden denen unserer Feinde anpassen: Auf dem Boden des gesetzlichen Rechtes, solange sie sich selbst legal betätigen, andernfalls mit anderen Mitteln, werden wir die republikanische Verfassung, die sozialen Rechte und kulturellen Ziele der Arbeiterklasse und den europäischen Frieden verteidigen.

Infolge der parlamentarischen Machtverhältnisse, für die nicht wir, sondern weite Teile der Wählerschaft die Verantwortung tragen, haben wir zur Zeit keine praktische Möglichkeit, die in Kraft getretene Notverordnung sofort aufzuheben. Sie ist ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaftskrise und der Kräfteverteilung im Reichstag.

Die Überwindung der faschistischen Gefahr ist unsere erste Pflicht im Interesse der Arbeiterklasse. Danach richten wir unser Verhalten im Parlament und im Lande ein.“

Gegen Not und gegen Terror

An der Kundgebung, die am 16. Dezember im Plenarsitzungsraum des Reichswirtschaftsrats veranstaltet wurde, nahmen der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und die in Berlin anwesenden Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der Vorstand und der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Vertreter des AIA-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes teil. Ferner Vertreter der Arbeiter-Sportorganisationen und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Die Kundgebung wurde eingeleitet mit einer Rede des Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Theodor Leipart spricht für die Gewerkschaften

Mein erstes Wort in dieser ersten Stunde gilt der ungeheuren Not und den Qualen der 5 Millionen Arbeitslosen, denen zu helfen die Zweckbestimmung der jüngsten Notverordnung ist, denn alle darin vorgesehenen Maßnahmen sollen die Wirtschaft beleben, die Arbeitslosigkeit verringern und allmählich ganz beseitigen. Ob dieser Zweck erreicht wird, ist sehr zweifelhaft. Die Vorstände der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei werden bestürzt mit Anforderungen aus ihrer Mitgliedschaft, alles daranzusetzen, um diese Notverordnung zu beseitigen. Gewerkschaften und Partei haben bis zur letzten Stunde den hartnäckigsten Widerstand geleistet. Den Anstrengungen dieser gemeinsamen Front ist es schließlich doch gelungen, einen Einfluß auf die letzten Entscheidungen der Regierung auszuüben.

Der Kampf gegen den „Marxismus“ geht in erster Linie gegen die Gewerkschaften und gegen ihre Erfolge auf lohn- und sozialpolitischem Gebiet. Jetzt sollen die Gewerkschaften und die „hohen Löhne“ an allen Übeln und an der ganzen Weltwirtschaftskrise schuld sein. Der schwer erschütterte Kapitalismus wirft wiederum die schon vor 60 Jahren von Lujo Brentano widerlegte Behauptung auf, daß der Lohnfonds die größte Größe sei und sich in Deutschland nach der Kapitalnot und den Grenzen der Kapitalbildung zu richten hätte. Aber Lujo Brentano hat nachgewiesen, daß der Lohn nicht aus dem Profit des Kapitals, sondern aus dem Verkaufserlös der Produktion gezahlt wird. Es kommt also auf den Konsum und auf die Kaufkraft an, die aber durch die Lohnsenkung immer mehr zerschlagen werden. Man vergißt bei der Betrachtung der Lohnsenkungen immer wieder, daß die Tariflöhne fast durchweg nur die Mindestlöhne gewesen sind. Die übertariflichen Verdienste, Leistungszulagen usw. sind längst fast überall beseitigt, und dadurch ist die angebliche Senkung des Lebensmittelpreises von 153 auf 131 bereits mehr als ausgeglichen.

Noch 1928 haben die Unternehmer geklagt, daß die Überverdienste im Durchschnitt 15 bis 25 Prozent betragen. Das ist abgeschafft, und nun kommt, sozusagen durch allgemeinverbindlichen Schiedsspruch des Reichspräsidenten, eine neue Lohnsenkung um 15 Prozent. Selbst nach der vorgeschriebenen Mietensenkung und zehnprozentigen Preisreduzierung würde die Lohnsenkung diese Aufwandsverminderungen immer noch übersteigen.

Leipart begründet dann eingehend die Forderung, daß die Preissenkung der Lohnsenkung vorausgehen müsse, und äußert unter lebhafter Zustimmung starke Zweifel an der raschen und vollständigen Durchführung des Preisabbaus. Wenn die Regierung auch das „Sofortprogramm“ der Unternehmer mit seiner Lobpreisung der Privatwirtschaft abgelehnt hat — sie konnte es deshalb, weil kein Zweifel mehr daran besteht, daß der Kapitalismus brüchig geworden ist —, so hat sie damit die Unzuverlässigkeit und Unfähigkeit der Kapitalisten anerkannt, die Wirtschaft zum Nutzen des Volksganzen zu gestalten und richtig zu führen. Aber für den Sozialismus ist damit noch nicht viel gewonnen, zumal die Regierung von den Vorschlägen der Unternehmer sehr viel mehr übernommen hat als von den Forderungen der Arbeiterschaft. Immerhin ist unseren Forderungen, wenn auch in bescheidenem Maße, Rechnung getragen worden. In der Unfallversicherung

können nunmehr die Versicherten in gewissem Umfang mitsprechen, und die Forderung der Unternehmer, die ganze Sozialversicherung nach dem Muster der Berufsgenossenschaften aufzubauen, ist unerfüllt geblieben, ebenso wie ihr Verlangen nach Auflockerung der Tarifverträge und nach Beseitigung der Verbindlicherklärung. Voraussichtlich werden wir sogar statt einer Beseitigung der Tarifverträge auf der ganzen Linie Tariflöhne bekommen. Das ist allerdings ein schlechter Trost, denn diese Löhne würden auf dem Niveau der Notverordnung aufgebaut sein.

Eine der Ursachen der besonderen Schwierigkeiten in Deutschland ist die Reparationslast, die wesentlich zur Erschütterung der Wirtschaft in der ganzen Welt beigetragen hat. Man sieht das allmählich überall ein, besonders auch in England, dessen Export durch die deutsche Reparationslast zerstört worden ist. Immer lauter wird der Ruf: Schluß mit den Reparationen! Die Kriegsverwüstungen sind durch die bisherigen Leistungen Deutschlands bereits wieder gutgemacht.

In voller Übereinstimmung mit der gesamten Arbeiter-Internationale haben wir schon immer die Streichung aller Reparationen und Kriegsschulden gefordert. Da brauchen nicht erst die Hitler-Leute zu kommen. Und für die Freiheit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes hat sich unser Führer August Bebel vor mehr als 30 Jahren, als die meisten Nazis noch nicht geboren waren, mit den Worten eingesetzt: „An der Erhaltung der Unabhängigkeit Deutschlands sind die arbeitenden Klassen mindestens ebenso interessiert wie diejenigen, die sich als die berufenen Herrscher der Völker betrachten; das arbeitende Volk ist nicht gewillt, seinen Nacken unter irgendeine Fremdherrschaft zu beugen.“

Die Notverordnung hat der arbeitenden Bevölkerung wieder gewaltig schwere Lasten auferlegt. Dagegen kämpfen wir, aber eine faschistische Diktatur würde dem Volk mit blutiger Gewalt noch schlimmere Opfer aufzwingen. Wir wollen den Bürgerkrieg nicht heraufbeschwören, er liegt nicht im Interesse der Arbeiterschaft, viel mehr liegt es in ihrem Interesse, die Schlacht, die wir in den letzten Wochen um die neue Notverordnung geführt haben, jetzt abzubrechen. Nach dieser Schlacht kann man vielleicht auch sagen, daß es weder Sieger noch Besiegte gibt. Die Unternehmer werden sich gewiß nicht als die Sieger fühlen. Aber selbst wenn wir die Geschlagenen wären — in der Frage der Lohnsenkung sind wir es gewiß —, dann wäre auch das nur eine Bestätigung der Worte Friedrich Engels: „Die ganze Geschichte der Arbeiterklasse stellt sich dar als eine lange Reihe von Niederlagen, unterbrochen nur von wenigen Siegen.“

Unsere Bewegung ist trotzdem groß und stark, die Niederlagen sind seltener geworden. Es wäre vermessen, zu glauben, sie könnten ganz vermieden werden. Was wir jetzt in bitterer Not ertragen müssen, kann unseren Glauben an die Zukunft nicht schwächen und kann auch nicht das Vertrauen zur eigenen Stärke und zur Stärke der Organisation erschüttern, die dann eingesetzt werden kann und werden muß, wenn nach all dem Jetzigen, nach vorübergehendem Druck und Zwang der Weg zur Freiheit und zum Fortschritt wieder offenliegt!

Rudolf Breitscheid begründet die Haltung der Fraktion

Als zweiter Redner nahm sodann der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Rudolf Breitscheid, das Wort. Er behandelte zunächst die Notverordnung unter dem Gesichtspunkt ihrer Bedeutung für den Ausgleich des Haushalts in Reich, Staat und Gemeinden und führte dann fortlaufend aus: Trotz unserer Gegnerschaft gegen viele Bestimmungen der Notverordnung haben wir heute im Ältestenrat gegen die alsbaldige Einberufung des Reichstags gestimmt, und wir halten unsere bisherige politische Linie auch nach dieser Verordnung zunächst inne. Unter normalen Verhältnissen würden wir den meisten Bestimmungen dieser Verordnung unsere Zustimmung nicht geben, aber die Verhältnisse sind eben nicht normal.

Das ganze Regieren mit Notverordnungen ist nach unserer grundsätzlichen Stellung auf demokratischem Boden unzulässig, aber gerade im Interesse des Parlamentarismus und der Demokratie mußte dazu gegriffen werden. Schuld daran sind nicht wir, sondern die Wähler vom 14. September 1930, sie haben es dahin gebracht, daß links und rechts im Reichstag große Parteien sitzen, die den Parlamentarismus grundsätzlich verneinen und bekämpfen, während er nur leben und arbeiten kann, wenn von den Parteien des Parlaments bejaht wird.

Fände sich im Reichstag eine Mehrheit zur Aufhebung der Notverordnung, so wäre der Rücktritt der Regierung möglich. Es ist aber zur Zeit keine Regierung denkbar, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung steht und unseren Auffassungen über die Möglichkeit, die Wirtschaftskrise zu mildern, entsprechen würde. Eine solche Regierung gibt es in diesem Reichstag nicht, kommen würde eine Rechtsregierung, von der wir bestimmt nicht bessere Maßnahmen für das arbeitende Volk zu erwarten hätten, bei der wir uns vielmehr auf irgendwelche Arten von Inflation usw. gefaßt machen müßten. Noch wahrscheinlicher wären die Auflösung des Reichstags und der sofortige Wiedererlaß der Notverordnung, wie im Juli 1930. Sie bliebe dann über die Monate eines Wahlkampfes in Kraft, dessen große Schädlichkeit für die deutsche Wirtschaft wie für Deutschlands Verhältnis zum Ausland außer Zweifel steht.

Indem wir das Kabinett am Leben erhalten haben, sind wir nicht nur der leidende Teil, sondern wir haben jede Möglichkeit benutzt, innerhalb und außerhalb des Parlaments die Massen zum Kampf für ihre Interessen und gegen den drohenden Faschismus aufzurufen. Das wirtschafts- und sozialpolitische Programm des Faschismus ist so unklar und verschwommen, daß es nur Verwirrung hervorrufen und einen neuen unendlich schweren Druck auf die Arbeiterklasse bringen würde, von dem sie sich um so schwerer befreien könnte, als der Faschismus in der Regierung auch über die Staatsmacht verfügen würde. Während er heute Pressefreiheit verlangt, würde er jede Kritik und Meinungsfreiheit brutal unterdrücken. Gewiß kann eine Bewegung wie die der Hitlerleute, ohne Theorie und ohne Programm, nicht allzulange bestehen, ihr Zerfall ist unvermeidlich, wenn sie erst an der Macht ist. Aber es wäre höchst gefährlich für die Arbeiterbewegung, sie zu diesem Zweck an die Macht zu lassen.

Nichts wäre uns angenehmer, als wenn sich die politischen Auseinandersetzungen ausschließlich im Parlament vollzögen, nicht wir haben mit Gewalt, Einschüchterung und Terror angefangen. Ganz besonders danken wir unseren Reichsbannerkameraden, die den Abwehrkampf führen, die ihr Leben in die Schanze schlagen für die demokratische Republik und die wir mit allem Nachdruck unterstützen, am besten, indem keiner von uns in diesem Abwehrkampf untätig bleibt.

Auf unsere Mahnungen zur Energie hat die Reichsregierung uns gesagt, das Bürgertum sei defaitistisch und fatalistisch. Daran aber ist nur die mangelnde Energie der Reichsregierung gegen die Faschisten schuld. Endlich hat ja der Reichskanzler energische Worte gesprochen, die Regierung braucht nur tatkräftig gegen diesen Schatten des Faschismus aufzutreten, um ihn zu zerstören. Dann werden auch Defaitismus und Fatalismus verschwinden. Für uns aber gilt es, einzig und geschlossen zusammenzustehen in der Abwehr und weiterzubauen an den sozialistischen Zellen in der kapitalistischen Festung, mit deren Hilfe wir, sobald wir stark genug dazu sind, den ganzen Bau erobern werden.

Otto Wels schließt die Kundgebung

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, der die Kundgebung geleitet hatte, geißelte in seinem Schlußwort den von den Nationalsozialisten verübten Verrat an Südtirol. Das ist das Deutschtum der Nazis, die, um den Beifall Mussolinis zu erringen, das geknechtete Deutschtum in Südtirol verraten. Große Teile des Bürgertums haben vor den Nationalsozialisten kapituliert, diese Leute greifen zum Strick, um sich zu Ehren Hitlers aufzuhängen.

Wir aber haben andere Aufgaben. Wir schmieden die eiserne Front,

wir werden zeigen, daß wir eisern zusammenstehen. Je mehr ein hessisches Dokument und ein Gregor Straßer mit Blutvergießen drohen, desto fester halten wir zusammen. Auf die Tiraden Hitlers von der Waffenlosigkeit seiner Anhänger und von ihrer Friedensliebe erwidern wir nur: Woher käme denn sonst der unaufhörliche Strom von Gewalttaten, der Deutschland auf das Niveau Mazedoniens gebracht hat und den es vor dem Auftreten der Hitlerpartei gar nicht gegeben hat, woher sonst als von ihr? Wir verwerfen die Gewalttat, aber wir wehren uns, wenn wir angegriffen werden. Die Pläne der Hitler-Armee sind ausreichend bekannt, auch den zuständigen Reichsstellen. Sie müssen den Kampf gegen diese Verfassungsfeinde führen. Wir aber haben wahrlich keinen Anlaß, ihnen den Weg zur Macht frei zu geben. Wels schloß dann die Kundgebung mit dem Aufruf an alle Republikaner, sich immer fester zu vereinigen zur Verteidigung der demokratischen Republik gegen den haßerfüllten, blutdürstigen Feind: Macht gegen Macht! Vorwärts durch Kampf zum Sieg!

Der Reichskommissar für Preisüberwachung

Eine im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Verordnung umschreibt die Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung. Er kann hiernach Vorschriften oder Anordnungen über Preise für lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs oder für lebenswichtige Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs erlassen, insbesondere die den einzelnen Wirtschaftsstufen zufließenden Preisspannen und Zuschläge regeln. Er kann auf die freiwillige Senkung durch die Beteiligten hinwirken oder die Preise, Preisspannen oder Zuschläge durch entsprechende Vorschriften oder Anordnungen senken; er kann nach seinem Ermessen die Preise, Preisspannen oder Zuschläge unmittelbar herabsetzen oder andere hierauf abzielende Maßnahmen treffen.

Zu widerhandlungen gegen seine Anordnungen sind mit Haft oder Gefängnis bedroht, auch kann Geldstrafe verhängt werden, deren Höhe unbeschränkt ist. Der Reichskommissar kann bei Zu widerhandlungen die Fortführung von Betrieben und die Schließung von Betriebs- und Geschäftsräumen anordnen.

Er ist ermächtigt, die Aufhängung von Preisschildern für Läden, Schaukasten, für den Wochenmarkt, für Markthallen oder für den Straßenhandel vorzuschreiben, die auch die Art der Gegenstände nach der üblichen Einheit und nach Sorte, Güte und Herkunft enthalten sollen.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung verfügt somit über recht weitgehende Befugnisse. Es kommt nun darauf an, welchen Gebrauch er davon machen wird.

Die finanzielle Auswirkung der vierten Notverordnung

Nach einer halbamtlichen Schätzung werden sich die Bestimmungen der Notverordnung vom 8. Dezember in der folgenden Weise auf die Wirtschaft und die Finanzen auswirken:

	Millionen RM.
Lohn- und Gehaltskürzung in der Privatwirtschaft	4000
Senkung der Reichsbahntarife (aus Lohn- und Gehaltskürzung)	300
davon zur Verbilligung der Tarife für Kohle 85 Millionen RM.	
Gehalts- und Pensionskürzungen bei Reich, Ländern und Gemeinden	522
davon	Millionen RM.
Reich	90
Länder	234
Gemeinden	198
Erhöhung der Umsatzsteuer	900
davon erhalten das Reich	600
die Länder	300
Ersparnisse aus Zinssenkung	1250
davon für öffentliche Finanzen	250
die private Wirtschaft	1000
Von den privaten Zinseinsparungen werden für Mietverbilligung verwandt	650
davon für Altbauwohnungen	500
für Neubauwohnungen	150

Neue Aufgaben für die Schlichter

Die Schlichter haben, ebenso wie die Schlichtungsausschüsse, im allgemeinen die Aufgabe, zu „schlichten“, das heißt Hilfe zum Abschluß von Tarifverträgen und von Gesamtvereinbarungen zu leisten. Aber das ist nicht ihre einzige Aufgabe, sondern von Anfang an waren ihnen wechselnd auch andere übertragen; so vor der Errichtung der Arbeitsgerichte die Entscheidung von Kündigungsstreitigkeiten, seit 1927 die bindende Festsetzung des Lohnzuschlages für Mehrarbeit über 48 Wochenstunden hinaus nach § 6a der Arbeitszeitverordnung. Durch die Verordnung vom 30. September 1931 sind die Schlichter beauftragt, die Anpassung der Tariflöhne an eine Veränderung der tariflichen Arbeitszeit durchzuführen, falls die Reichsregierung von ihrer Ermächtigung durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 Gebrauch macht, indem sie die wöchentliche Arbeitszeit unter 48 bis zu 40 Stunden herabsetzt oder die tarifliche Vereinbarung von Mehrarbeit an eine behördliche Genehmigung bindet und damit auch in laufende Tarifverträge eingreift. Bisher hat sie davon keinen Gebrauch gemacht.

Aber in der Notverordnung vom 8. Dezember ist den Schlichtern die Durchführung der allgemeinen Lohnsenkung für den Fall übertragen, daß die Tarifparteien sich nicht selbst rechtzeitig über die Auswirkung der Verordnung auf ihren Tarifvertrag einigen können. Es ist für die praktische Handhabung der Vorschriften wichtig, klar zu erkennen, daß es sich hier nicht um die übliche „Schlichtung“ handelt, bei der die Schlichtungsbehörde nach billigem Ermessen den Parteien einen Vorschlag macht, sondern um die Anwendung einer Vorschrift, die mit bindender gesetzlicher Wirkung bereits in den Inhalt des Tarifvertrags eingegriffen hat.

Durch die Notverordnung werden unmittelbar die tariflichen Löhne und Gehälter auf den Stand vom Januar 1927 herabgesetzt oder um 10 bzw. 15 Prozent gekürzt. Die Verminderung des Lohnanspruchs tritt also kraft Gesetzes ein. Aber die Auswirkung dieser Gesetzesvorschrift auf das einzelne Arbeitsverhältnis ist nicht ohne weiteres klar. Zur Klärung ist zunächst eine Nachtragsvereinbarung zu den einzelnen Tarifverträgen vorgesehen. Kommt sie bis zum 19. Dezember 1931 nicht zustande, so soll der Schlichter benachrichtigt werden. Auch ohne das soll er die nicht vereinbarten Sachen an sich ziehen. Er hat nach § 4 die „Lohn- und Gehaltssätze bindend festzusetzen“. Zunächst handelt es sich hier um eine bindende Auslegung dessen, was durch das Gesetz vorgeschrieben ist, also eine Art von Richterspruch und keine Schlichtung. Der Schlichter hat hier nicht die Parteien zu einem billigen Abkommen zu bewegen, sondern er hat ihnen zu sagen, was nach der gesetzlichen Regel für ihren Sonderfall Rechtens ist. Seine Entscheidung geht als vereinbart in die Tarifverträge ein, aber nicht als Schiedsspruch im Sinne der Schlichtung, sondern als gesetzlich vorgeschriebene, vom Schlichter nur ausfindig gemachte Änderung der laufenden Tarifverträge.

Aber bei dieser reinen Auslegung bleibt es nicht. Sondern der Schlichter kann von der strengen Regel der Notverordnung abweichen, indem er Änderungen des Lohnsystems zwischen 1927 und 1931 angemessen berücksichtigt. Er kann auch Bestimmungen aller Art zugleich mit den Lohnsätzen ändern, wenn er der Überzeugung ist, daß diese Bestimmungen mit der Lohnregelung zusammenhängen. Hier ändert er also die Tarifverträge selbständig ab, zwar auf Grund einer gesetzlichen Ermächtigung, aber nach seinem eigenen Ermessen. Auch dabei tritt er allein, ohne Schlichterkammer, eine bindende Festsetzung. Aber sie ist nicht nur Auslegung, sondern sie schafft Recht, sie schafft einen neuen Tarifvertrag wie ein verbindlicher Schiedsspruch im Schlichtungsverfahren. Es ist ausdrücklich in der Verordnung gesagt, daß die Regelungen mit Wirkung vom 1. Januar 1932 in die einzelnen Tarifverträge als deren Bestimmungen eingehen. Die Folge ist, daß sie genau wie alle anderen Tarifbestimmungen von den Tarifparteien jederzeit wieder geändert werden können. Nur die

Kündigung gegen den Willen einer Partei ist beschränkt. Nach § 1 werden alle laufenden Tarife bis mindestens zum 30. April 1932 verlängert. Auch die Festsetzungen durch den Schlichter gelten unkündbar bis zu diesem oder bis zu dem späteren Tag, den der Schlichter bestimmt (längstens den 30. September 1932).

Letzten Endes handelt es sich also auch hier um ein vereinfachtes, beschleunigtes Schlichtungsverfahren, durch das Bestimmungen in Tarifverträgen mit der gleichen Rechtswirkung geschaffen werden, als ob die Parteien sie schriftlich vereinbart hätten. H. P.

Die Notverordnung und die Sozialversicherung

Die Notverordnung bringt auch eine nicht unerhebliche Verschlechterung der Leistungen in den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung. In der Unfallversicherung bedeutet der Wegfall der Unfallrenten unter 20 Prozent den Rentenentzug für etwa 200 000 Verletzte.

In der Invalidenversicherung wie in der Unfallversicherung werden künftig Kinderschüsse und Waisenrenten nur bis zum vollendeten 15. Lebensjahr gewährt, während bisher Waisenrenten der Invalidenversicherung zum Zweck der Er-

lernung eines Berufes bis zum 21. Lebensjahr, bei Gebrechlichkeit des Kindes sogar ohne zeitliche Begrenzung gezahlt werden konnten.

Etwas 130 000 Frauen, Witwen von solchen Versicherten, deren invalider Ehemann vor dem 1. Januar 1912 gestorben ist, ohne seine Erwerbsfähigkeit wiedererlangt zu haben, werden aus der Versicherung ausgeschieden. Obwohl die Aufnahme dieser Witwen in die Versicherung erst vor zwei Jahren erfolgte, bedeutet das Wiederausscheiden eine große Härte. Diese Frauen fallen nunmehr wieder der Fürsorge zur Last.

Neben Krankengeld, Unfallrente und Versorgungsrente ruht hinfort die Invaliden- und Angestelltenrente. Das schafft diesen Versicherungseinrichtungen eine Erleichterung, bedeutet aber eine Härte für die Betroffenen.

In Zukunft sind bei der Krankenversicherung nur Pflichtleistungen zulässig, soweit der Beitragssatz von 5 Prozent erreicht oder überschritten ist. Durch den fortgesetzten Abbau auf dem Gebiet der freiwilligen Kassentätigkeit und durch die Einbeziehung der Familienversicherung in die Regelleistungen haben die fakultativen Leistungen der Kassen an Bedeutung verloren. Trotz alledem waren noch besondere Leistungen bei einzelnen Kassen übriggeblieben, die jetzt vollkommen beseitigt werden.

Die Wohlfahrtsunterstützung

Die Wohlfahrtsunterstützung ist gesetzlich geregelt durch die Verordnung über die Fürsorgepflicht vom Jahre 1924 (abgeändert durch die Notverordnung vom 6. Juni 1931), durch die Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Mass der Fürsorge vom Jahre 1924 und durch die Ausführungsverordnungen der Länder.

Voraussetzung für den Eintritt der Wohlfahrtsunterstützung ist Hilfsbedürftigkeit. Solche liegt vor, wenn der notwendige Lebensbedarf für sich und seine Familie nicht aus eigenen Mitteln und Kräften erworben und nicht von unterhaltsverpflichteten Dritten (Ehegatten, Eltern, Grosseltern, Kindern) bezogen wird.

Grundsätzlich muss jeder Hilfsbedürftige unterstützt werden, und zwar an dem Orte, an welchem er hilfsbedürftig wird.

Der Hilfsbedürftige hat ein Recht auf Gewährung des notwendigen Lebensbedarfs. Derselbe umfasst Unterkunft, Nahrung, Kleidung, Pflege, Krankenhilfe und den Bestattungsaufwand.

Wöchnerinnen (auch unverheiratete) erhalten ferner Wochenfürsorge (nicht zu verwechseln mit der Wochenhilfe der Krankenkassen), und zwar einen Entbindungskostenbeitrag von 10 Mk., Wohngeld in Höhe von insgesamt 35 Mk. für vier Wochen vor und sechs Wochen nach der Entbindung, und falls die Wöchnerin selbst stillt, ein Stillgeld in Höhe von 25 Pf. täglich bis zur Höchstdauer von zwölf Wochen.

Auf sämtliche Wohlfahrtsunterstützungen dürfen kleinere Zuwendungen von nichtverpflichteten Personen, zum Beispiel von der privaten Wohlfahrtspflege, nicht angerechnet werden.

Jeder Hilfsbedürftige hat ein Recht auf individuelle Behandlung seiner Notlage, das heißt, die üblichen Richtsätze bilden nur einen mittleren, wenn nicht unteren Massstab und müssen überschritten werden, wenn die besondere Notlage des Hilfsbedürftigen dies erfordert. Zu beachten ist ferner, dass in den Richtsätzen für gewöhnlich die Ausgaben für Erneuerung der Kleidung sowie Instandhaltung des Schuhzeugs nicht mit einbegriffen sind.

Gegen die Ablehnung der Unterstützung sowie gegen Festsetzung ihrer Art und Höhe kann der Hilfsbedürftige Einspruch erheben, und zwar in der Regel bei der Stelle, die den Bescheid erteilt hat. Bei Entscheidung über den Antrag muss der Fürsorgeausschuss mitwirken. Wird der Einspruch abgelehnt, so kann der Hilfsbedürftige dagegen Beschwerde erheben. Die Stelle, bei der die Beschwerde eingebracht werden muß, ist in der Regel aus dem erhaltenen Bescheid zu ersehen.

Grundsätzlich sind sämtliche Unterstützungen, die einem Hilfsbedürftigen vom Wohlfahrtsamt gegeben wurden, diesem zu erstatten. Der Unterstützte hat jedoch das Recht, den Ersatz zu verweigern, soweit und solange er kein hinreichendes Vermögen und Einkommen hat.

Die Ersatzansprüche des Wohlfahrtsamtes verjähren in vier Jahren vom Ablauf des Jahres an, in dem der Anspruch entstanden ist.

Nicht zu erstatten sind:

- a) vom Unterstützten, von seinem Ehegatten und seinen Eltern:
 1. Die Kosten der Wochenfürsorge und die Kosten der Erwerbsbefähigung von Blinden, Taubstummen und Krüppeln.
 2. Die Kosten für Behandlung einer Tuberkulose und Geschlechtskrankheit, soweit und solange es unbillig wäre, Ersatz zu verlangen.

b) vom Unterstützten: Sämtliche Fürsorgekosten, die vor seinem 18. Lebensjahr entstanden sind.

c) von den Eltern des Unterstützten: Die Kosten für Erwerbsbefähigung und Erziehung ihrer Kinder, soweit diese vor dem 18. Lebensjahr entstanden sind.

Erwägt muss ferner noch werden, dass für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene Sozial- und Kleinentner zum Teil wesentlich günstigere Bestimmungen in Frage kommen.

In allen Fällen, in denen bei Hilfsbedürftigen Unklarheiten über ihre Rechte und Pflichten gegenüber dem Wohlfahrtsamt entstehen, ist es angebracht, Rat und Auskunft von den Orts- oder Bezirksausschüssen für Arbeiterwohlfahrt einzuholen. Willi Pinnecke.

SILVESTERSPUK

Es gibt eine alte verklungene Mär, / Daß zu Silvester ein Zauber wär: / Die Tiere alle öffnen den Mund / Und geben tiefgründige Weisheit kund. / Denn was ihre seltsame Sprache uns weist, / Ist abgelauchter Menschengestalt. / Nun laßt uns hören, laßt uns fragen, / Was zu Silvester die Tiere sagen. / Da bleckt

das Maul und fletscht die Zähne / Die geile Hakenkreuzhyäne: / „Deutschland, Deutschland, ich giere nach Aas! / Deutschland, Deutschland, ich will dich zum Fraß! / Sollst verkommen, sollst verrecken, / Sollst zu schmachlichem Tode dich strecken, / Daß ich dich fresse mit schnödem Behagen, / Will an stinkenden Knochen nagen.“ / Freiheit, Recht und Vaterland / Will ich

mir rauben, verscharr sie im Sand! / Ein verhungertes Wolf schleicht lüstern einher: / „Ich bin das hohe Militär! / Ich trage Helm und Schuppenkette! / Man soll mich rufen:

Retze, rette! / Ich hab' einen Orden umgebunden / Und will: Du, Volk, wirst geplagt und geschunden! / Drill und Kommiß sind nicht mehr vorhanden! / Angetreten, stillgestanden!“ / Wer aber meldet sich jetzt - schau, schau! / Eine äußerst vornehme Frau! / Baronin Giraffe, Edelgeblüt. / Den Pöbel verachtet ihr hehres Gemüt. / „Ich heiße Auguste Viktoria Hermine, / Weil ich dem Herrscherhause diene. / Ich knixe nach hinten und bück

mich nach vorn. / Mein Kaiser, mein Kaiser sitzt einsam in Doorn. / Ich hasse die schwielig verdreckten Proleten. / Sie sollen strammstehn, arbeiten und beten!“ / Herr Walroß, ein dicker, behäbiger Mann, / Sagt: „Mich geht das gar nichts an! / Das Bier bekommt, ich bin Genießer, / Seine Majestät, der Spießer. / Ich habe Papiere,

ich hab' ein Haus / Und nutze meine Mieter aus. / Und deshalb sitz' ich fröhlich hier / Beim vollen Humpen Tafelbier. / Mir macht das alles keine Qual. / Die Politik ist mir egal!“ / Mit einem Zylinder bewaffnet ist / Direktor Nilpferd, ein Kapitalist. / Seine Freßgier will nicht enden. / Aktien schlingt er und schluckt Dividenden. / Er grunzt: „Mein Plan, der liegt bereit: / Lohnabbau, verlängerte Arbeitszeit! / Ich will ein Heer von Arbeitsknechten. / Fort mit Tarifen und Schlichtern und Rechten! / Den Gewerkschaften ist auf die Finger zu klopfen, / Dann kann ich weiter den Wanst mir stopfen!“ - Dickwanst, Gierschlunks, Luisenbundschwester, / Es reden die Tiere wie Menschen Silvester. / Da plötzlich dröhnt es: Bumm bumm bumm! / Zwölfmal! Das alte

Jahr ist um! / Nun aber tritt in raschem Lauf / Ein rotbemützter Junge auf. / Mit seinem Besen kehrt er aus / Den ganzen Mist, den ganzen Graus. / In ihrer Blöße stehn die Sünder. / Weg Hakenkreuze und Zylinder! / Das neue Jahr soll sauber sein. / Kollegen, kommt in unsre Reihn! Henning Duderstadt.

Das Bild zeigt eine Karikatur eines Mannes, der einen Besen in der Hand hält und einen Haufen Müll, der die Symbole der NSDAP (Hakenkreuz und Zylinder) enthält, wegwirft. Im Hintergrund ist ein Turm mit der Jahreszahl 1932 zu sehen.

Das Bild zeigt eine Karikatur eines Mannes, der einen Besen in der Hand hält und einen Haufen Müll, der die Symbole der NSDAP (Hakenkreuz und Zylinder) enthält, wegwirft. Im Hintergrund ist ein Turm mit der Jahreszahl 1932 zu sehen.





Aus dem Verbandsleben



Den scheidenden Gauvorstehern

Mit Jahresschluß scheiden zwei von unseren Alten aus dem aktiven Dienst des Verbandes. Zwei unserer Gauvorsteher, die in langen Jahren ihr Bestes für die Ausbreitung und Festigung der Organisation hergegeben haben. Die Kollegen Willers in Hamburg und Werner in Leipzig haben beide ungern ihre Ämter dem Verband zur Verfügung gestellt, um jüngeren Kräften Platz zu machen.

Karl Willers stammt aus dem Hannoverschen. Er wurde am 5. Juni 1866 in Garsen b. Celle



Karl Willers



Richarda Werner

geboren. Als junger Tischler ging er auf die Wanderschaft, und er hat frühzeitig den Weg zur Organisation gefunden. In dem Jahre 1887 war er schon Kassierer, später Bevollmächtigter des Tischlerverbandes in Koblenz. Dann kam er nach Lübeck. Hier war er bald in der Ortsverwaltung eifrig tätig. Seit dem Jahre 1895 wurde er immer wieder zum Bevollmächtigten gewählt. Die Lübecker Tischler haben wiederholt viele monatelange Streiks geführt. Willers hat als Bevollmächtigter und Leiter dieser Lohnkämpfe ganz hervorragende Qualitäten an den Tag gelegt. So war er der gegebene Mann, als die Stelle eines Gauvorstehers in Hamburg zu besetzen war. Am 19. Dezember 1906 hat er dieses Amt angetreten. Er kann also nun auf eine 25jährige Tätigkeit als Angestellter des Verbandes zurückblicken. Sein ruhiges, konzipiantes Wesen hat ihm bei den Kollegen Liebe und Achtung verschafft, zumal Willers mit der äußeren Ruhe zähe Hartnäckigkeit in der Verfolgung der Pläne verbindet, die dem Verband und der Kollegenschaft zum Vorteil gereichen. Wir beglückwünschen unseren Kollegen Willers, daß es ihm vergönnt war, noch sein 25-jähriges Dienstjubiläum zu feiern.

Schlesische Kunde

Um in Breslau zu einem neuen Vertragsverhältnis zu gelangen, wurden auf Antrag unseres Gauvorstehers die Freie Vereinigung und die Tischler-Zwangsinnung vor den Schlichtungsausschuß geladen. Die Verhandlungen am 19. November endeten mit dem Vorschlag des Vorsitzenden an die Parteien, in Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages für ganz Schlesien einzutreten, an denen neben der Freien Vereinigung auch der Landesverband und der Verband der Tischlerinnungen Schlesiens zu beteiligen seien. Am 5. Dezember traten die Vertreter der beteiligten Organisationen zu solchen Verhandlungen zusammen. Zu einem Ergebnis ist es aber nicht gekommen, denn die Unternehmer unterbreiteten einen Entwurf zu einem „Tarifvertrag für das Holzgewerbe in Schlesien“, über den ernsthaft nicht verhandelt werden kann.

Ehe wir den Inhalt des Machwerks skizzieren, müssen wir die Väter dieses Monstrums vorstellen. Da ist der Vorsitzende des Verbandes der Tischlerinnungen, Herr Mühlbach, ein Zünftler von altem Schrot und Korn, der nur den Fehler hat, um etwa 300 Jahre zu spät geboren zu sein. Nun möchte er die Welt auf den Stand der Zeit zurückbringen, da die er nach seinen Anlagen und Fähigkeiten paßt. Herr Konietzny, der Vorsitzende der Freien Vereinigung in Breslau, hat das Werden des Tarifvertrages im deutschen Holzgewerbe seit etwa 25 Jahren miteifrig mit-erlebt, er war auch einige Jahre Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie. Der

Richard Werner ist am 27. November 1866 in Thiemendorf in Sachsen-Altenburg geboren. Auch er ist Tischler, und er ist bald nach beendeter Lehrzeit dem Tischlerverband beigetreten. In seinen jüngeren Jahren war Gera sein hauptsächlichstes Betätigungsbereich. Werner hat hier sowohl in der gewerkschaftlichen als auch in der politischen Arbeiterbewegung eine erhebliche Rolle gespielt. Als beliebter Redner ist er auch öfters außerhalb seines Wohnorts in Anspruch genommen worden. So

kam es, daß, als in dem Jahre 1898 die Einrichtung der Gauvorsteher im Verband geschaffen wurde, Werner ehrenamtlich die Stelle als Gauvorsteher in Gera übernahm. Hauptamtlich trat er mit Beginn des Jahres 1907 in den Dienst des Verbandes. Damals wählte ihn die Verwaltungsstelle Frankfurt am Main als Lokalbeamten. Vier Jahre später berief ihn der Verbandsvorstand in die frei gewordene Stelle eines Gauvorstehers nach Leipzig. Wir können somit auch den Kollegen Werner zum 25-jährigen Dienstjubiläum beglückwünschen. Sein Ausscheiden aus dem aktiven Dienst fällt zusammen mit einer organisatorischen Änderung im Verband, der Zusammenlegung der seitherigen beiden Gaue im Freistaat Sachsen. Die Liquidierung des Gaus Leipzig wird den Kollegen Werner auch nach Beendigung seiner offiziellen Tätigkeit noch kürzere Zeit beanspruchen. Wir nehmen Abschied von den beiden alten Kollegen und sprechen ihnen zugleich den Dank aus für die Dienste, die sie ihr Leben lang dem Verband geleistet haben. Sie treten nun in den wohlverdienten Ruhestand. Wir hoffen und wünschen, daß ihnen noch ein langer und schöner Lebensabend beschieden sein möge.

Entwurf eines Tarifvertrages, den er gemeinsam mit den anderen Unternehmerorganisationen vorlegt, erweckt den Anschein, als lege er keinen Wert mehr darauf, ernst genommen zu werden. Der Wortführer des Landesverbandes, Herr Dr. Rubel in Hirschberg, ist Rechtsanwalt. Das besagt, daß er ein getreuer Sachwalter seiner Klienten ist. Er ist der Typus des Unternehmersyndikus, der entsprechend den Richtlinien der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände seinen Ehrgeiz darsetzt, die Löhne und die Lebenshaltung der Arbeiter möglichst tief herabzudrücken. Das sind die Repräsentanten der Unternehmer des Holzgewerbes in Schlesien.

Den Entwurf, den sie verbrochen haben, nennen sie einen Tarifvertrag, er beschäftigt sich aber ausschließlich mit dem Lohn. Der berufliche Geltungsbereich des Tarifvertrages soll sich erstrecken auf Tischler mit abgelegter Gesellenprüfung oder dreijähriger Praxis. Ferner auf Maschinenarbeiter und Beizer und Polierer, die nachweislich zwei Jahre ausschließlich in ihrer Branche gearbeitet haben und den höchsten Anforderungen des Berufs genügen. Alle anderen Arbeiter darf der Unternehmer nach Belieben entlohnen.

Ortsklasseneinteilung und -staffelung bleiben weiterer Regelung überlassen. Nur wird bestimmt, daß es eine I. Klasse nicht gibt und Breslau die II. Klasse bildet.

Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 48 Stunden. Beginn und Schluß der täglichen Arbeitszeit bestimmt der Unternehmer, insbesondere, so heißt es wörtlich „steht es ihm frei, diese Arbeitszeit auf Tag- und Nachtstunden zu verteilen, ohne daß des-

halb für sie irgendwelche Zuschläge von dem Arbeiter verlangt werden können“. Als Nachtstunden bezeichnet der Entwurf die Überstunden zwischen 10 Uhr abends und 6 Uhr morgens. Das hat aber nichts zu sagen, denn Zuschläge werden weder für Überstunden noch für Nacharbeit gezahlt.

Als Spitzenlohn für Facharbeiter über 24 Jahre ist der fürstliche Betrag von 73 Pf. ausgeworfen. Aber dieser Lohn ist nur für wenige Auserwählte vorgesehen. Wer länger als ein Jahr arbeitslos war, hat keinen Anspruch auf den Tariflohn. Und wenn der Unternehmer mit der Arbeitsleistung nicht zufrieden ist, kann er einen Lohn „nach freier Vereinbarung festlegen“.

Sehr viel Fleiß haben die Väter des Entwurfs auf die Konstruktion von Lohnstufen gelegt. Das Ergebnis sind zwei Gruppen mit insgesamt sieben Stufen, in denen sich die Verfasser wohl kaum selbst zurechtfinden. Der Ausgelernte soll im ersten Gesellenjahr 50 Prozent, im zweiten 60 Prozent, im dritten und vierten Jahr 70 Prozent, im fünften und sechsten Gesellenjahr 80 Prozent des Spitzenlohnes erhalten. Wir geben nachstehend ein Bruchstück aus dem § 6 des Entwurfs, der die Überschrift „Lohnstufen“ trägt, das zugleich als Leseprobe für die besonderen Schönheiten des Vertrages gelten kann. In der Gruppe I beginnen wir mit

„Stufe 3: 3. und 4. Berufsjahr: also eine Beschäftigungsdauer von 104 bis 208 Wochen. 70 Prozent des Gesellenlohnes der Gruppe II, Stufe 2.

Stufe 4: 5. und 6. Berufsjahr: also eine Beschäftigungsdauer von 208 bis 416 Wochen. 80 Prozent des Gesellenlohnes von Gruppe II, Stufe 2.

Ein Berufsjahr gleich 52 Arbeitswochen. Diese müssen tatsächlich im Tischlerfach gearbeitet worden sein, gleichviel, ob in einer oder in mehreren Werkstätten. Der Arbeiter hat den Nachweis hierfür zu führen.

Arbeitet der Arbeiter mit Unterbrechungen, so ist das jeweilige Berufsjahr erst beendet, wenn die Arbeitszeit zusammengerechnet ein volles Jahr ausmacht. Es ist daher möglich, daß ein Arbeiter, der wenig gearbeitet hat, erst mit 23 oder 24 Jahren sein 1. Berufsjahr vollendet hat.

Gruppe II: In dieser Gruppe werden die Löhne nach der Beschäftigungsdauer in ein und derselben Werkstatt gestaffelt: Stufe 1: Neueintretende im Alter von 24 Jahren aufwärts und solche, die schon in dem Betrieb mindestens die 3. Stufe der Gruppe I erreicht haben.

Sie erhalten mindestens 80 Prozent des Gesellenlohnes der Gruppe II, Stufe 2 bis zu einer Beschäftigungszeit in demselben Betriebe von 6 Wochen.

Stufe 2: Neueingetretene und solche, die schon vorher in dem Betriebe mindestens die 3. Stufe der Gruppe I und eine weitere praktische Tätigkeit von 6 Wochen in demselben Betriebe erreicht haben. Sie erhalten 100 Prozent, das heißt 0,73 Mk. pro Stunde.“

Wir lassen es bei dieser Kostprobe bewenden. Erwähnt sei, daß in dem Entwurf auch an Montagearbeit gedacht ist. Und zwar wird für Montagetarbeiten am Ort, wenn sie länger als vier Stunden in Anspruch nehmen — das notwendig werdende Fahrgeld gewährt. Bei kürzeren Montagen darf der Arbeiter das Fahrgeld selbst zahlen; daß er dem Unternehmer in dem Falle eine besondere Vergütung zu entrichten hat, wird in dem Entwurf nicht verlangt.

Über das, was von den Schlichtungskommissionen gesagt ist, wollen wir kein Wort weiter verlieren und nur noch erwähnen, daß alle Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis binnen zwei Wochen nach ihrer Entstehung verjähren.

Der Entwurf macht im ganzen den Eindruck, daß er das Werk eines kleinen Wichtigtuers sei, der gar kein Gefühl dafür hat, wie lächerlich er sich damit macht. Es fällt schwer, zu glauben, daß Männer, die

man bisher auch als Gegner ernst genommen hat, sich mit einem solchen Machwerk identifizieren können. Wenn sie glauben, daß man in der Zeit der Wirtschaftsnöte keinen Tarifvertrag braucht und es für das Gewerbe besser ist, wenn der wilden Konkurrenz keinerlei Schranke gesetzt wird, dann wäre das zwar kein Zeichen besonderen Weitblickes, aber immerhin wäre es aufrichtig, aus solcher Erwägung Verhandlungen abzulehnen. Aber statt dessen Verhandlungen durch die Vorlegung eines solchen Entwurfs unmöglich zu machen, dazu gehört ein Geschmack, um den wir niemand beneiden.

Konferenz der Gauvorsteher

Die Konferenz der Gauvorsteher, die der Verbandsvorstand auf den 14. Dezember einberufen hatte, beschäftigte sich mit der durch die Notverordnung geschaffenen Lage. Ganz unabhängig von der Einstellung zur Notverordnung muß man sich mit ihren Bestimmungen, die Gesetzeskraft haben, abfinden und sich ihnen anpassen.

Die Aussprache ergab, daß die Verhältnisse in den verschiedenen Bezirken und in den verschiedenen Berufsgruppen so unterschiedlich liegen, daß eine allgemein gültige Richtlinie für das Verhalten unserer Kollegen nicht aufgestellt werden kann. Auch dort, wo Tarifverträge bestehen, die durch die Notverordnung bis zum 30. April 1932 verlängert sind, muß bei der zu treffenden Lohnvereinbarung der Inhalt des Mantelvertrages sorgfältig beachtet werden.

Wo kein Tarifvertrag besteht, ist der Unternehmer keineswegs berechtigt, unter Berufung auf die Notverordnung den Lohn zu kürzen. Angebotene Verhandlungen werden unsere Kollegen nicht ausweichen. Für alle Fälle muß jedoch der Grundsatz gelten, daß keinerlei Abmachungen getroffen werden können ohne vorherige Verständigung mit dem Gauvorsteher.

Osthilfe für das Berliner Holzgewerbe

Nach einer Art Osthilfe ruft das Organ der Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie. Zwar werden, da ein Tarifvertrag nicht besteht, die Löhne im Berliner Holzgewerbe nicht direkt von der Notverordnung berührt, aber unter ihrem Einfluß müßten sie gedrückt werden. Am 10. Januar 1927 hat in Berlin kein Tarifvertrag bestanden, im Jahre 1925 galt ein Tariflohn von 103 Pf. Das sei aber jetzt noch zuviel. Berlin müsse einen Lohn haben, der niedriger liegt als in den großen Städten im Reich. Das Berliner Holzgewerbe bedarf einer „Osthilfe“, denn, so schließt der Artikel, „über 25000 arbeitslose Holzarbeiter wollen arbeiten. Das wird nur dann wieder möglich werden, wenn der Lohn im Berliner Holzgewerbe der Lohnhöhe des Holzgewerbes der Provinz angeglichen wird.“

Daß die Senkung der Löhne noch keine Arbeitsgelegenheit schafft, sollten allmählich auch die Berliner Tischlermeister erfahren haben. Aber ganz abgesehen davon handelt es sich hier um eine Milchmädchenrechnung. Da im Berliner Holzgewerbe ein Tarifvertrag nicht besteht, kann ein Lohnabzug unter Berufung auf die Notverordnung nicht vorgenommen werden. Ein etwaiger Versuch, den Lohnabbau gewaltsam durch ein Diktat der Unternehmer durchzuführen, würde Gegenwirkungen auslösen, die dem notleidenden Berliner Holzgewerbe gewiß nicht zum Vorteil gereichen würden. Wenn die Berliner Unternehmer eine Regelung der Arbeitsbedingungen wünschen, dann müssen sie sich schon mit unseren Verbandsvertretern zusammensetzen und eine vernünftige tarifliche Vereinbarung schaffen. Sonst ist nichts zu machen.

Mit Zustimmung des Vorstandes
ist am 52. Monatsbeitrag fällig



Holzindustrie



Aus der Klein-Musikinstrumentenindustrie

Im Anschluß an unsere Veröffentlichungen über den Bericht des Enquete-Ausschusses in den Nummern 46 bis 50 wird uns über die gegenwärtige Lage der vogtländischen Kleinmusikinstrumentenindustrie folgendes geschrieben:

Die Kleinmusikinstrumentenindustrie als ausgesprochene Exportindustrie hat unter der heutigen Zerrüttung des Weltmarktes besonders schwer zu leiden. Am stärksten kommt das im Rückgang der Beschäftigtenzahl zum Ausdruck. Im Jahre 1928 beschäftigte die Harmonikaindustrie des Klingenthaler Bezirks 6057 Arbeiter und Arbeiterinnen, Mitte Dezember dieses Jahres waren es noch 3147. Die Zahl der Betriebsarbeiter ging von 1944 auf 1366 und die der Heimarbeiter von 4113 auf 1781 zurück. Ein weiterer Rückgang der Betriebsarbeiterzahl konnte nur dadurch verhindert werden, daß die Arbeitszeit stark verkürzt wurde: im Durchschnitt des Jahres 1931 betrug die Wochenarbeitszeit 32 Stunden.

Von den arbeitslosen Heimarbeitern werden wahrscheinlich viele Hunderte niemals wieder Arbeit in der Harmonikaindustrie finden. Sie werden ein Opfer der technischen Entwicklung sein. Daher ist es besonders bedauerlich, daß sie von der Arbeitslosenversicherung aufreizend stiefmütterlich behandelt werden. Der Unterstützungsberechnung werden die Verdienste der letzten 26 Wochen zugrunde gelegt, auch wenn infolge von Kurzarbeit wöchentlich nur zwei Tage gearbeitet wurde, ein Aufrechnen auf 48 Stunden gibt es bei den Heimarbeitern nicht. Das Arbeitsamt Ölsnitz rechnet sogar jedes Arbeitsverhältnis gesondert. Da nun gerade in der Harmonikaindustrie jeder Heimarbeiter mehrere, verschiedentlich fünf und noch mehr Auftragsfirmen hat, erhält beispielsweise der arbeitslose Stimmer, wenn er für drei Unternehmer arbeitet und bei jedem im Durchschnitt der Anwartschaftszeiten wöchentlich nur 6 bis 10 Mk. verdient hat, keine Unterstützung. Das ist ein schreiendes Unrecht, das schnellstens beseitigt werden muß.

Im Jahre 1931 wurden knapp halb soviel Mundharmonikas hergestellt wie im Jahre 1928. Es fehlte die starke ausländische Nachfrage. Während 1928 der Ausfuhranteil an der Gesamtproduktion reichlich 90 Prozent betrug, waren es 1931 nur noch knapp 80 Prozent. In den ersten 10 Monaten 1930 wurden rund 30,5 Millionen Stück Mundharmonikas im Werte von 8,5 Millionen Mark ausgeführt, im gleichen Zeitraum des laufenden Jahres aber nur rund 17 Millionen Stück im Werte von 5,2 Millionen Mark.

Der Ausfuhrückgang ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Auch außerhalb Deutschlands ist die Arbeitslosigkeit groß, und viele Arbeiter verdienen kaum so viel, daß sie sich satt essen können, unter diesen Umständen ist die Mundharmonika ein überflüssiger Luxus. Verschärft wurde die Absatzstockung in den letzten Jahren durch die Verschlechterung der Zollvorschriften in den Vereinigten Staaten von Amerika und in letzter Zeit besonders durch die valutarischen Verhältnisse in wichtigen Absatzgebieten. Nach England wurde im allgemeinen mit einem Reingewinn von 10 bis 15 Prozent geliefert. Die Entwertung des englischen Pfunds beträgt zur Zeit etwa 25 Prozent, die englischen Abnehmer erklären sich aber nur mit einer Preiserhöhung von 10 Prozent einverstanden. Unter diesen Umständen erklären sich die deutschen Fabrikanten außerstande, nach England zu verkaufen.

Während der Auslandsabsatz stark zurückgegangen ist, hat der Inlandsabsatz eine merkbare Steigerung aufzuweisen: sein Anteil an der Gesamtproduktion beträgt jetzt reichlich 20 Prozent, gegen etwa 10 Prozent im Jahre 1928. Ein

gut Teil des Inlandsabsatzes geht heute über die Einheitspreisgeschäfte, wie Woolworth, Epa und andere Firmen.

In der Ziehharmonikabranche liegen die Dinge ähnlich wie in der Mundharmonikabranche. Von Januar bis Oktober wurden im Vorjahre 622 200 Ziehharmonikas im Werte von 6,2 Millionen Mark ausgeführt, in diesem Jahre waren es 470 000 Stück im Werte von 4,0 Millionen Mark. Der Ausfuhrückgang betrifft hier vornehmlich die hochwertigen Instrumente. In den letzten Jahren haben die Unternehmer sich auf die Herstellung sogenannter chromatischer Künstlerinstrumente geworfen. Tonangebend ist dabei die Firma Zuleger und Mayenburg in Brunnödra-Klingenthal. Auch die Ziehharmonikas finden in Deutschland heute mehr Liebhaber als in früheren Jahren.

Noch um einige Grade mehr als die Harmonikaindustrie leidet die Streich-, Zupf- und Blasinstrumentenindustrie unter der Weltwirtschaftskrise. Von den rund 1300 Betriebsarbeitern im Jahre 1928 haben heute nur noch etwa 60 Prozent der Instrumentenmacher des Markneukirchener Bezirks einigermaßen Beschäftigung. In der Geigenbranche ist es nur noch die knappe Hälfte. Nur der Saitenindustrie geht es noch verhältnismäßig gut. Hier haben von den 1100 Arbeitern und Arbeiterinnen im Jahre 1928 heute noch etwa 950 Beschäftigung. Diese leidlich gute Geschäftslage ist darauf zurückzuführen, daß die Saitenfabrikanten sich rechtzeitig stärker auf die Herstellung von Saiten für chirurgische (Catgut), sportliche (Tennisschläger) und technische Zwecke (Maschinensaitenschnüre usw.) gelegt haben und damit zu einem guten Teil den Ausfall an Musiksaiten ausgleichen konnten.

Verschiedene Betriebe haben versucht, sich auf eine andere Produktion umzustellen, z. B. Grammophonschränke und Lautsprechergehäuse statt Geigen herzustellen, was aber nicht einfach ist; jedenfalls sind auf diese Weise nur ganz wenige Arbeiter wieder in Beschäftigung gekommen. So gibt es heute im Markneukirchener Bezirk einschließlich der sogenannten „selbständigen Gewerbetreibenden“ etwa 1000 arbeitslose Musikinstrumentenarbeiter.

Die Produktion und die Ausfuhr aller Instrumentenarten sind stark zurückgegangen. Allein die Geigenausfuhr ist in den ersten zehn Monaten 1930 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres wertmäßig um rund 224 000 Mk. und mengenmäßig um 43,5 Prozent zurückgegangen. Da die Monate November und Dezember kaum noch eine Ausfuhrsteigerung bringen werden, wird die Gesamtausfuhr in diesem Jahre etwa 25 900 Stück betragen, gegen 49 423 Stück im Vorjahre. 1913 betrug die Ausfuhr 270 202 Stück, das sind reichlich 240 000 mehr als im laufenden Jahre. Diese Zahlen sind die denkbar beste Illustration der seitherigen Entwicklung und der heutigen Lage des deutschen Geigenbaues.

Erfreulich ist die Ausfuhrsteigerung bei Mandolinen, Gitarren und anderen Zupfinstrumenten, sie beträgt hier gegenüber 1930 etwa 13 Prozent.

Über den Inlandsabsatz gibt es keine zuverlässigen Zahlen, schätzungsweise ist der Rückgang hier noch größer als beim Auslandsabsatz.

Die Hauptgründe des Ausfuhrückgangs der Orchesterinstrumentenindustrie sind die gleichen wie bei der Harmonikaindustrie: hohe Einfuhrzölle in den meisten Absatzländern und der Sturz des englischen Pfundes. Die Produktion hat einen Tiefstand erreicht wie niemals zuvor. Daß es wieder einmal besser werden wird, ist ziemlich sicher, aber wann es wieder aufwärtsgehen? Die nächsten Wochen werden für die Instrumentenmacher noch Wochen schwerer Sorge und Not sein.

In diesen Zeiten sind das Büro und die Vertrauensmänner unseres Deutschen Holz-

arbeiter-Verbandes für die Arbeiterschaft der vogtländischen Musikinstrumentenindustrie ein starker Halt. Hunderte und aber Hunderte holen sich bei ihnen jede Woche Rat und Hilfe, und viele Unorganisierte, die, solange es ihnen leidlich gut ging, glaubten, ohne den Holzarbeiter-Verband auszukommen, kommen schüchtern zu uns, weil ihnen nur von uns geholfen wird und geholfen werden kann. Mögen sie daraus die richtige Lehre ziehen, nämlich die Lehre, daß alle Holzarbeiter und Holzarbeiterinnen aller Branchen in guten und in schlechten Zeiten in den Holzarbeiter-Verband gehören.

Möbelmangel in Rußland

Das Organ der Sowjetregierung „Sa Industrialisziu“ beschäftigt sich in seiner Nummer vom 25. November eingehend mit dem Stande der russischen Möbelproduktion. Daraus geht hervor, daß die Möbelherstellung mit dem Wohnungsbau nicht Schritt hält, so daß für die neuen Wohnungen die Möbel fehlen. Wörtlich heißt es in dem Aufsatz:

„Sogar der Produktionsplan für Möbel im Jahre 1932 zeigt ein großes Defizit. Außerdem haben die beiden zuständigen Industrieverwaltungen, der ‚Glawlesprom‘ und der ‚Standardschilstroij‘, nicht nur nichts unternommen, um die Erzeugung von Möbeln zu fördern, sondern die ursprünglichen Vorschläge sogar gekürzt: der ‚Glawlesprom‘ hat seinen Produktionsplan von 107 Millionen Rubel auf 88 Millionen Rubel eingeschränkt. Es bestand ein Projekt, wonach der Arbeiter, der in die standardisierten Holzhäuser einzieht, die Möbeleinrichtung, insgesamt acht Gegenstände, für 180 Rubel erwerben sollte. Aber dieses Projekt ist auf dem Papier geblieben, denn es besteht keine Möglichkeit, die typisierten Möbel herzustellen, vor allem deshalb, weil es an den nötigen Geldmitteln fehlt.“

Auch die Produktionsgenossenschaften, die bisher in der Möbelproduktion führend waren, leisten bereits in diesem Jahre nur halb soviel, wie vorgesehen war, weil sie eine nach der anderen auseinanderfallen. So hatte Anfang 1931 das ‚Nachabinsche Artel‘ (Genossenschaft) 1110 Mitglieder; jetzt existiert es nur noch auf dem Papier. Das Ausscheiden der Genossenschaftsmitglieder vollzieht sich in Massen. Es fehlt an einer Kontrolle und an den erforderlichen Richtlinien für die Möbelproduktion. Infolgedessen hat in den Fabriken ein ausgesprochenes Spekulantentum (der ‚Neppmangeist‘) Platz gegriffen. So erklärt z. B. der Direktor der Möbelfabrik ‚Uritzky‘, daß er nicht gesonnen sei, Möbel für Wohnräume herzustellen, weil das unvorteilhaft und mühsam ist. Er werde hinfür nur Büromöbel produzieren, weil diese Möbel im wesentlichen aus zwei Tabakkisten und einem Deckel bestehen. Dabei hat der ‚Glawlesprom‘ dieser Fabrik für die Produktion von Wohnmöbeln 2 Millionen Rubel und für die Erzeugung von Büromöbeln nur 500 000 Rubel angewiesen. So vollzieht sich eine ganz willkürliche Einschränkung des Produktionsprogramms und wächst von Tag zu Tag der Mangel an Wohnungsmöbeln.“

Diese Ausführungen eines russischen Regierungsorgans sind in mehr als einer Hinsicht aufschlußreich. Zunächst einmal die Tatsache, daß die Normalmöbeleinrichtung aus acht Gegenständen bestehen soll. Wenn man bedenkt, daß zu einer Möbeleinrichtung auch die Stühle zählen, dann sind acht Möbelstücke für eine Wohnung ein bißchen wenig. Über die Qualität der Wohnungsmöbel wird nichts gesagt, aber sie wird kaum besser sein als die der Büromöbel, die „aus Tabakkisten und einem Deckel bestehen“.

Weiter widerlegt die Meldung des Regierungsorgans das kommunistische Gerede von „den gewaltigen Fortschritten der russischen Wirtschaft“. Ist Sowjetrußland nicht einmal imstande, seine Elitearbeiter — nur diese werden in den neuen Wohnungen

untergebracht — mit einer so bescheidenen Möbeleinrichtung zu versorgen, so läßt das tief blicken.

Da Rußland heute nicht soviel Möbel herstellen kann, wie seine Arbeiterfamilien brauchen, und da wahrscheinlich auch der russische Arbeiter sich in einer möbellosen oder schlecht möblierten Wohnung nicht wohlfühlt, erlauben wir uns den deutschen kommunistischen Holzarbeitern einen Vorschlag zu machen: Wie wäre es, wenn sie ihre Parteileitung ersuchen würden, bei ihren russischen Genossen dahingehend vorstellig zu werden, daß die Sowjetregierung deutsche Möbel einführen läßt. Heute ist die russische Grenze für deutsche Möbel gesperrt. Würde die Sowjetregierung deutsche Möbel einführen, dann könnten ihre neuen Wohnungen mit Möbeln ausgestattet werden, und auf der anderen Seite fänden einige hundert oder auch tausend deutsche arbeitslose Holzarbeiter wieder Beschäftigung. Dann wäre beiden, den Russen und den Deutschen, geholfen.

Hier ist unseren kommunistischen Kollegen die Gelegenheit gegeben, einmal eine große Tat zu vollbringen!

G. Bendix Holzindustrie AG.

In Nummer 41 berichteten wir über die finanziellen Schwierigkeiten der G. Bendix Holzindustrie AG. in Königsberg-Wickbold i. Pr. Die Schulden der Gesellschaft betragen 1,148 Millionen Mark, darunter befinden sich 583 000 Mk. durch hypothekarische Eintragungen gesicherte Bankschulden. Jetzt ist es zwischen der Gesellschaft und ihren Gläubigern zu einem Vergleich gekommen; die Gläubiger erhalten 35 Prozent ihrer Forderungen. Der Hauptgläubiger ist die Stadtbank Königsberg mit 350 000 Mk. durch Hypotheken gesicherten Forderungen und mit 273 000 Mk. sonstigen Forderungen.

Der Vergleich mit 35 Prozent ist für die Bendix AG. sehr günstig, dennoch scheint sie nicht mehr lebensfähig zu sein. Wie gemeldet wird, soll das Unternehmen nicht mehr weitergeführt, „sondern lediglich produktiv liquidiert werden“. Die Weiterführung sei unmöglich, „weil zur Aufrechterhaltung des Betriebes auch in entsprechend verringertem Umfange Geldmittel nötig sind, die augenblicklich nicht beschafft werden können“.

Die Stilllegung der Betriebe der Bendix AG. ist für unsere Königsberger Kollegen und Kolleginnen ein schwerer Schlag. Denn es ist der dritte und letzte Großbetrieb, der damit binnen Jahresfrist von der Bildfläche verschwindet. Die Bendix AG. beschäftigte normalerweise reichlich 200 Arbeiter.

Aus der polnischen Sägewerksindustrie

In Polen liegen von den 620 durch die amtliche Konjunkturstatistik erfassten Sägewerken zur Zeit 239 still. Die 381 noch arbeitenden Sägewerke beschäftigen 16 423 Arbeiter, gegen 23 398 Anfang Oktober 1930. Wieviel von den Arbeitern vollbeschäftigt sind und wieviel kurzarbeiten, wird nicht berichtet. Aus der Tatsache, dass nur in 0,4 Prozent der Betriebe die Geschäftslage als gut, in 14,7 Prozent als mittelmäßig, in 84,9 Prozent aber als schlecht bezeichnet wird, kann jedoch der Schluss gezogen werden, dass es der polnischen Sägewerksindustrie kaum besser geht als unserer deutschen. Und das trotz der skandalös niedrigen Löhne der polnischen Sägewerksarbeiter. Hätten die deutschen Sägewerksbesitzer mit ihrer Behauptung recht, dass die „hohen“ Löhne der deutschen Sägewerksarbeiter an der schweren Krise der heimischen Industrie die Hauptschuld tragen, so müsste die polnische Sägewerksindustrie mit ihren niedrigen Löhnen heute Hochkonjunktur haben. Wie die Tatsachen beweisen, ist das Gegenteil der Fall.



Heim und Familie



Was sollen wir essen?

Von Hildegard Kowalkowsky

Eines Tages werde, so schwärmen die Phantasten, der Mensch auf Brot und Fleisch verzichten können. Es gäbe alsdann Pillen, die man nur zu schlucken brauche, und die Ernährungsfrage sei gelöst.

Nun, ein Speiszaun könnte behaupten, dass diese Fabelzeit doch schon angebrochen sei. Kriegen wir nicht heute schon Pille auf Pille zu schlucken? Allerdings ist der Erfolg der Notverordnungspillen das gerade Gegenteil von dem, was man Ernährung nennt. Und wenn einer neben seiner Arbeit nicht auch den Humor verloren hat, so wird er für diese Pillenfütterei um ein passendes deutsches Wort nicht verlegen sein.

Also der Brotkorb ist uns jetzt ein ganzes Stück höher gehängt worden, und dabei ist es mit dem Brot allein auch noch nicht getan. „Salz und Brot macht Wangen rot“; das ist ein dummes Schuack.

Kein Proletarier ist verwöhnt; Kaviar und Austern kennt sein Gaumen nicht. Der „Geniesser“ aber muss schon auf die verrücktesten Einfälle kommen, damit sein Gaumen überhaupt noch gekitzelt wird; ich erinnere da nur an Schnepfendreck, an Wildpret, das schon halb in Verwesung übergegangen sein muss, ehe es für ihn den „richtigen“ Geschmack hat. Dazu gehören dann die schärfsten Gewürze, wie Paprika und dergleichen. Der gute Tropfen darf nicht fehlen. Hernach wundern sie sich, dass der Magen versagt. Der ist aber auch bloss ein Organ aus Fleisch und Blut. Mal hat's ein Ende, denn gegen den Tod ist kein Kraut gewachsen. Gönnen wir ihnen den Schlemmertod. Vor dem ist der Arbeiter bestimmt sicher. Auf ihn lauert etwas anderes: das Entbehren, das Aufgezehrtwerden von der Not.

Das wenige Geld, das der Arbeiter mit seiner Familie hat, das reicht nur gerade zum „Verzehren“, zum Nichtverhungern. An den notwendigsten Dingen muss gespart werden: an Kleidern, an Seife, an Schuhwischse, an Nähzeug. Mancher Finanzgewaltige könnte von der Proletarierfrau das Haushalten lernen!

Es ist naheliegend, dass bei dieser zwangsläufig sparsamen Haushaltsführung die Ernährung sich einseitig gestaltet. Das geschieht nicht absichtlich. So eine geplagte Arbeiterfrau glaubt einfach, dass nichts billiger sein könne als Brot und Margarine.

Einseitigkeit ist für den Menschen in jeder Hinsicht ein Fehler. Wir sind ja keine Maschinen. Die Besitzenden tun aber nicht einen Deut dazu, dass unsere Kenntnisse über Ernährungsfragen gestärkt werden. Im Gegenteil; jede Möglichkeit der Verschleierung nutzen sie mit Hilfe ihres Geldsacks aus, in einer geradezu unverantwortlichen „Nährwert“propaganda für das Bier zum Beispiel. Es wäre Aufgabe der Schule, den Kindern schon dieses lebensnotwendige Wissen zu vermitteln. Aber bei 50, ja sogar 60 Kindern in einer Klasse muss auch der lebendigste Stoff, vom tüchtigsten Lehrer behandelt, für eine grosse Zahl der Kinder unverstanden bleiben. Die Küche der Mutter wird vorerst noch die Kochlehrstube sein. Ja, die Hausfrau selbst muss noch einmal ein bisschen umlernen.

Das ist nicht so schwer. Die erste Frage lautet für sie: Wie komme ich aus der Einseitigkeit im Küchensettel heraus, ohne dabei meinem sehr schmalen Geldbeutel zuzusetzen?

Es ist zur Staunen, wie leicht wir vergessen, was es an billigen und wertvollen Gemüsen überhaupt gibt. Man muss nur mal nachdenken. Noch mehr werden wir uns wundern, wenn wir dahinterkommen, wieviel verzerrt wird, obwohl wir gerade das alles richtig gemacht zu haben. Zwischen Kochen und Kochen ist nämlich ein Unterschied. Viel zarter wird „trotzgekocht“, das heisst also: zu lange. Manches Gemüse kann teils roh, teils gekocht genossen werden. Die Zusammen-

stellung einzelner Gemüse kann sehr viel Abwechslung bringen, viele Gemüse ergänzen sich geschmacklich ausgezeichnet, ja, manche werten sich gegenseitig auf. Was kann man mit der Kartoffel alles anstellen? Sie verträgt sich nicht nur mit allen Gemüsen, sie kann auch selbst die schönsten Salate hergeben, mit und auch sehr gut ohne Fleisch! Gewiss, mit Hilfe von Fleisch kann man zwar allerlei Speisen verbessern, es hat aber keineswegs die große Bedeutung, die ihm vielfach beige-messen wird.

Um die Gerichte für das Auge und für den Gaumen passend zusammenstellen zu können, dazu gehören sicherlich Kenntnisse. Die kann man sich aber rasch aneignen. Wir müssen nur den Leuten mit Geld nicht den Gefallen tun, ihnen das Wissen über diese Dinge allein zu überlassen. Das alte Kochbuch gilt nicht mehr. Mit den neuen muss man aber auch vorsichtig sein. Es kommt nicht allein darauf an, dass man weiss, wieviel von allem „man nehme“; man muss den Nährwert z. B. der Tomate, des Spinats, der Zwiebel, des Grünkohls usw. wissen, um entsprechend zweckmässig einkaufen zu können. Gemüse und Obst enthalten Stoffe, die uns gegen gewisse Krankheiten widerstandsfähig machen! Führen wir sie unserem Körper nicht zu, so treten „Mangelkrankheiten“ auf, die sich im frühzeitigen Altern zeigen, im Nachlassen der Leistungsfähigkeit auf körperlichem und geistigem Gebiet.

Es gibt ein feines Heftchen, von der Frauenabteilung der Volkshochschule Stuttgart herausgegeben, mit dem Titel: „Arbeiter, seid fortschrittlich in der Ernährung.“ Es kostet 50 Pf. Hier finden wir allerlei praktische Winke.

Aber keine Sorge, es geht bei der neuzeitlichen Ernährungsweise nicht etwa darum, aus allen Fleischessern Vegetarier und aus allen Kochireudigen Rohköstler zu machen. Vor Übertreibungen ist keine Neuerung sicher. Wer freilich schon so festgefahren ist, dass er sagt: „Och, ich habe das immer so gemacht, so mache ich das auch weiter“, na, der muss dann eben weiterwursteln. Aber wer wüsste das nicht: Probieren geht über studieren! Also fangen wir an! Die denkende Arbeiterfrau weiss, dass Planwirtschaft auch in die Küche gehört! Rationalisierung der Kräfte, der Zeit, der Mittel.

Je höher wir unsere berechtigten Forderungen stellen, um so eher sehen wir, was uns zur Verwirklichung fehlt: Bewegungsfreiheit, notwendige Geräte und Zeit. Leichter wird es uns aber werden, um bessere Verhältnisse zu kämpfen, wenn die Lebenswerte in der Küche für unseren Körper und unseren Verstand nicht vernichtet werden, wenn wir das Wenige so gut wie möglich auszunutzen verstehen.

Mutter hält durch

„Mutter hält durch, die ist das nun schon gewohnt und weiß es gar nicht mehr anders, aber wir...“, so sagte eine Kameradin meiner Tochter neulich, als sie uns besuchte. Und das war — leider — nicht Anerkennung für diese im Durchhalten so beharrliche Frau, sondern klang beinahe wie leichte Geringschätzung. Das bewirkte, daß ich mir das junge Mädel mal genauer ansah: Niedlich sah sie aus, im netten einfachen Kleidchen, im zierlichen Straßenschuh, Hände und Fingernägel gepflegt, das Gesichtchen umrahmt von der modischen Frisur — kurz, ganz das ansprechende Äußere, das für den Beruf der Verkäuferin, den sie bis jetzt ausübte, erforderlich ist. Und doch war sie nun abgebaut. Es wird ihr nichts übrigbleiben, als sich drein zu schicken, daß sie morgens der Mutter im Haus zur Hand geht. Es wird sich nicht immer die Möglichkeit finden, so nett und modern gekleidet einherzugehen, denn es heißt, die besseren Sachen schonen und im Hause trotzdem nett und sauber auszu-suchen. Und es ist die große Frage, ob mit

dem Hantieren im Haushalt die Freude daran sich einstellt, oder ob Mutter, die durchhält, zu alledem noch den verdrießlichen „Flunsch“ des Töchterchens zu sehen bekommt, das der verlorenen Unabhängigkeit nachtrauert.

Mutter, die schon im Kriege gelernt hat, wie man aus Wenigem, Unzulänglichem etwas machen muß, das für alle reicht, wird sich gewiß bis zum letzten aufopfern, um den abgebauten Söhnen und Töchtern den Brotkorb nicht höher hängen zu müssen; ganz inwendig wird sie sich vielleicht freuen, daß das, was unbedingt als Mißgeschick anzusprechen ist, ihr persönlich ein Glück beschert, auf das sie schon ganz verzichten zu müssen glaubte, als die großen Kinder vom Beruf und von der Buntheit des Außenlebens ihr abspenstig gemacht wurden. Mutter sieht ihre großen Kinder wieder mehr um sich, sie werden wieder Sachen mit der Mutter besprechen, für die bisher der Kollege oder die Kollegin die zuständige Stelle schien. Sie werden — wenn sie nicht ganz oberflächlich sind — die tausend und aber tausend kleinen Handgriffe, die Mutters Hände für sie taten, vielleicht werten lernen als stumme Liebesbeweise.

Und sie werden an der stillen Selbstverständlichkeit, mit der Mutter durchhält, selbst vielleicht einen Rückhalt finden, der sie vor dem Abgleiten nach der oder jener Seite bewahrt. Denn es gilt ja, jetzt erst recht klaren Kopf zu behalten und, frei von Phrasen und Phantastereien, das zu tun, was der heutige Tag von uns verlangt, um dem entgegenzueifern, was das „Morgen“ von uns erwartet. M. E.-H.

Gefrorene Wäsche

Der Winter ist für die Hausfrau eine beschwerliche Zeit, die neue Sorgen und Mühen bringt. Schnee und Eis, Kälte und Stürme sind eine Erschwerung der haus-fraulichen Pflichten und Arbeiten.

Besonders die „große Wäsche“ ist im Winter mit viel Mühsal verbunden. Eine Gefährdung des Wäscheschatzes bringt die Kälte dadurch mit sich, daß in den Waschküchen das Wasser leicht gefriert, besonders wenn die Wäsche längere Zeit in der Nacht oder am Tage zu Reinigungszwecken in dem Spül- und Waschwasser belassen wird. Dieser Zustand ist nicht nur unangenehm, sondern auch schädlich. Die kleinen, feinen, oft kaum sichtbaren Eiskristalle setzen sich nämlich in dem Leinengewebe fest und wirken hier wie kleine Messer. Die Kristalle sind sehr scharf, und die Wäsche ist im feuchten und geirrenen, also steifen Zustand sehr empfindlich gegen alle zerstörenden Einflüsse. So kommt es häufig vor, daß nach einer derartigen „großen Wäsche“ die einzelnen Stücke eigenartige Löcher und andere Beschädigungen aufweisen, ohne daß die Ursache hierfür sofort richtig erkannt wird. Hunderte von solchen kleinen messerscharfen Kristallen sind am Zerstörungswerk tätig. Auch wenn sie durch Hinzufügung von heißem Wasser aufgetaut werden, sind sie noch nicht ganz unschädlich, denn sie bleiben oft in den Falten der einzelnen Stücke trotz warmem Wasser längere Zeit bestehen und bringen Schaden.

Darum ist es von großer Wichtigkeit, daß von vornherein die Eisbildung verhütet wird. Das geschieht, indem man dem Wascher dem Spülwasser, in dem die Wäsche längere Zeit still liegt — bei der Wascharbeit geht auch bei großer Kälte keine Eisbildung vor sich — etwas Salz zufügt. Das Salz hat die Eigenschaft, den Gefrierprozeß zu verzögern. Die Menge des Salzes richtet sich nach der Menge des Wassers. Das Salz muß gut verrührt und aufgelöst werden, bevor die Wäsche in das Wasser getau wird, da dadurch alle Vorteile gewahrt und Nachteile verhütet werden. Die geringen Unkosten, die eine Handvoll Salz verursacht, werden vielfach dadurch aufgewogen, daß die Wäsche trotz der Winterkälte keinen Schaden erleidet.

Sachgemäße Behandlung des Kochgeschirrs

Um eine möglichst hohe Lebensdauer der täglich gebrauchten Kochgeräte zu erreichen, muss man sie sachgemäss behandeln. Dabei ist nun eine ganze Reihe von Gesichtspunkten zu beachten — entsprechend dem Verwendungszweck oder der Art des Werkstoffes, aus dem das Gerät hergestellt wurde —, allgemeine Richtlinien, die meist noch nicht hinreichend bekannt sind oder doch manches Mal ausser acht gelassen werden.

Die Behandlung des jeweils verwendeten Kochgerätes muss zunächst einmal abhängig gemacht werden von der Qualität. Eine billigerer, demzufolge leichter Topf muss, wenn er recht lange seinen Dienst tun soll, schonender behandelt werden als ein Topf schwerer Qualität. Vor allem, wenn man in seinem Küchenbetrieb nicht die Gewähr für ein sachgemässes Umgehen mit dem Gerät hat, muss man eine entsprechend solidere Ausführung wählen. Das Geschirr wird besonders geschont, wenn darauf geachtet wird, dass durch das Zugießen von kaltem Wasser nicht eine plötzliche Abkühlung eintritt oder auch dass durch ein ungleichmässiges Feuer die Erwärmung zu einseitig wird. Auch soll man gekochte Speisen nicht im gleichen Kochtopf aufbewahren, da diese zu schnell säuern und verderben.

Die Kochgeschirre müssen entsprechend ihren Werkstoffen besonders behandelt werden. Nachstehend sind die wesentlichsten Reinigungsverfahren für die verschiedenen Geschirre aufgeführt:

Stahlblech. Mit heissem Sodawasser und feinem Putzsand reinigen; trocknen und sofort einfetten.

Aluminium. Keine scharfen Putzmittel, keine Soda, keine Drahtbürste; Löcher mit Aluminiumniet dichten.

Nickel. Keine Säuren, keine Salze. Soda nur bei Fettansatz. Speisen nicht darin stehen lassen. Heiss spülen. Mit weichem Tuch blankreiben.

Ton, Glas, Porzellan, Steingut (feuerfest). Mit Soda reinigen, keinen Sand oder Schmirgel, kein Kaltwasser in heisses Geschirr oder umgekehrt.

Emailgeschirr. Langsam und gleichmässig, nicht zu stark erhitzen. Mit heissem Sodawasser und Bürste, nicht mit Sand reinigen. Blanke Stellen nach dem Trocknen sofort einnetten.

Gusseisen (emailliert). Vor erstmaligen Gebrauch eine Stunde auskochen. Kein Kaltwasser in heisses Geschirr. Heiss spülen, gut trocknen, blanke Stellen einfetten.

Kupfer-Messing. Sehr sorgfältig säubern, keine scharfen Putzmittel, nur Holzäsche mit Essig, gründlich spülen und trocknen.

Stahlgeschirr mit Innenplattierung aus nichtrostendem Stahl. Heiss abspülen. Durch Überhitzen angelauene Stellen nur mit Spezialputzmittel, nicht mit Sand reinigen.

Stahlgeschirr mit siliziumhaltiger Innenglasur (nicht splitternd). Einfach, ohne Waschmittel, nur mit Bürste und nicht zu scharfem Sodawasser spülen, gut trocknen.

Hierzu mag noch ganz allgemein bemerkt werden, dass für fast alle Kochtöpfe eine zu plötzliche starke Temperaturdifferenz sehr nachteilig ist. So wird ein emaillierter Topf, wenn er z. B. leer auf einem starken Feuer steht und durch Zugießen von kaltem Wasser plötzlich abgeschreckt wird, die Emaille durch Absplittern verlieren, denn Emaille verhält sich in dieser Hinsicht wie Glas. Im folgenden mögen noch zwei, sonst wenig beachtete Ratschläge angegeben werden. Jedes Emailgeschirr sollte vor dem ersten Gebrauch bis zur Hälfte mit Wasser gefüllt auf dem Feuer erst langsam erwärmt und dann dieses eine halbe Stunde lang gekocht werden. In Gebrauch genommen wird das Geschirr dann nach langsamer Abkühlung. Dipl.-Ing. V. Plantenburg.



Unterhaltung und Wissen



Wir selber sind unser Erlöser

Von Emil Felden

Kälte, Dunkel, Stille weit und breit, so weit die Natur reicht.

Drinnen im Hause aber Wärme und Licht und Freude. Sie feiern Weihnachten als Fest der Liebe, des siegenden Lichts, der Geburt des Heilands, der die Welt erlöst. Bunte Kerzen am grünen Baum. Fromme Lieder aus frohem Kindermund. In den Augen strahlendes Glück. Gaben der Liebe sagen von innigem Dank, und Herz wird gezogen zum Herzen. Hört! Es erschallt der Gesang von „Christi“, des Retters Geburt. Verkündet wird triumphierend der Engel Botschaft vom „Frieden auf Erden“ und der Geburt des Erlösers. Gesagt wird, daß in Erfüllung gegangen sei des Propheten weissagendes Wort: „Das Volk, so im Finstern wandelt, siehet ein großes Licht.“ Darum der Priester Mahnung: „Singt und seid froh.“ Darum der frohe Sang auf Erden.

Aber horch! Wir hören auch andere Töne. Alle, alle können sie hören, nein, müssen sie hören, die mit dem Herzen zu lauschen vermögen. Hören sie, selbst wenn sie dem Ohre nicht vernehmbar wären. Klingt's dort nicht wie unterdrücktes Weinen? Vernimmst du es nicht, das bittere Klagen? Dann wie Hohn gelächter, wie beißender Spott. Und hier Haß, Haß, wie klingender Frost, mitten hinein in frommes Singen... Schau hin! Wenn du ein Herz hast, kannst du sie sehen, die vielen Menschen, die dort unten, dort in der Tiefe, dort im Dunkel wandeln mit finsternen Gesichtern. Und deine frohe Weihnachtsfreude ist gestört — wenn du ein Herz hast, das zu lauschen vermag der stummen Klagen und lauten Anklagen.

Du fragst sie bang, die vielen Menschen: „Sagt, was blickt ihr so finster heute am Tag der Freude? Sagt, warum öffnet sich euer Mund nicht zu froh-frommem Lobgesang, heute am Geburtstage des Heilands?“ Und sie sprechen: „Siehst du nicht, daß wir wandern im finsternen Land, im Land des Kummers und der Sorge? Unser Leben ist Arbeit. Um nicht zu verhungern, arbeiten wir. Und viele von uns, Millionen und aber Millionen, haben nicht einmal Arbeit, leben von der kargen Unterstützung. Unser Leben ist ein steter Kampf mit der Armut, der zeitweise zum Kampf mit der bitteren Not wird.“

Ein Erlöser ist geboren, sollen wir singen? Ja, wir entsinnen uns. Einstmals, da wir jung waren, da sangen wir's auch. Und lernten, daß vor vielen, vielen Jahren ein Erlöser geboren sei. Aber wir merken nichts von Erlösung, nichts. Vielleicht war er ein Erlöser seiner Zeit. Doch jene Zeit verrann, jene Menschen sind gestorben. Und nun leben wir. Uns aber ist das Licht, das jene sahen, verschwunden. Wir wandeln dahin im Lande des Grauens. Denn der Kapitalismus ist das Grauen. Er frißt seine eigenen Kinder auf. Nur einigen wenigen schenkt er Sonne — auf Kosten des Glücks der vielen anderen. Nun gehen viele von uns umher, aller Hoffnung bar...

Aber wir warten. Uns erstarb die Hoffnung noch nicht. Wir warten auf bessere Zeiten! Ja, wir warten darauf. Selig seid ihr, die ihr hofft. Selig ihr, die ihr wartet. Dreifach selig aber, wenn ihr die Hand mit anlegt zur Arbeit an der Menschheit Erlösung. Nur wartet nicht tatlos. Nur das nicht. Stiert nicht sehnsüchtig ins Dunkel der Vergangenheit. Träumt nicht vom kommenden Licht. Weihnacht werde in euch selbst. In euch selbst lasset den Erlöser geboren werden. Denn wisset: Die Erlösung ist kein himmlischer Vorgang. Irdisch ist sie. Langsam im Laufe der Jahrtausende vollzieht sie sich. Aufstieg der Menschheit aus tierischem Sein hinein ins Menschentum, das ist Erlösung. Nicht eines Gottessohnes Herzblut heischt sie, nein, nur das Herzblut vieler, vieler Menschen bringt sie zustande. Sie ist die Befreiung aus den Fesseln des Nichtwissens und des Aberglaubens. Sie vollzieht sich

nicht durch Unterdrückung und Ausbeutung, sondern durch Zusammenarbeit und Solidarität. Liebe zur Menschwerdung bei sich und anderen, das ist Erlösung.

Sozialisten, ihr wißt es. Ihr glaubt an eine solche Erlösung. Ihr bahnt ihr den Weg durch eure Arbeit, euer verbissenes, aber tatfrohes Ringen. Zeigt euch der Sozialismus nicht den Weg aus dem Menschheitswinter, dem Kapitalismus, in

den Frühling hinein? Zeigt diesen Weg euren Kindern. So werdet ihr ihnen und durch sie Erlöser der Menschheit. Den Brüdern aber, die, in Verzweiflung dahinschleichend, es verlernt haben, zu hoffen, zu lieben, zu schaffen — ihnen ruft zu mit lauter Stimme und durch die Tat: „Winter-sonnenwende werde Wirklichkeit in uns allen. Weihnacht werde in unseren Reihen. In uns selber werde der Erlöser geboren.“

Weihnachten 1931



Ein Riesenbaum mit hundert Lichtern,
Ein reichgedeckter Weihnachtstisch,
Zufriedenheit auf den Gesichtern,
Fürst-Pückler-Eis und Gans und Fisch
Und Phonograph und tausend Sachen,
Pelzjacken, Perlen, Diadem
Und Wärme, Licht und saftiges Lachen,
— Wie ist die Weihnacht angenehm.
Der Hausherr, Frohsinn um die Lippe,
Stimmt an in seines Festes Pracht.
Das Lied vom Kindlein in der Krippe,
Von einer stillen heil'gen Nacht...



Fällt Weihnachtsglanz in diese Kammer?
Es ist so frostig, dumpf und kalt.
Zwei Jahre arbeitslos! Der Jammer
Zermürbt die Kräfte allzubald.
Ein Stern, ein Bäumchen und sechs Kerzen,
Das Mäd'el krank, dass Gott erbarm!
Es hält die Mutter unter Schmerzen
Das jüngste Kind im schwachen Arm.
Drei Äpfel liegen auf dem Teller,
Kein frohes Lachen kehrte ein.
Soll niemals schöner, lichter, heller
Das Weihnachtsfest der Armut sein?

Der Turm in Flandern

Eine Weihnachtslegende von Julius Zerlas

Auf den blutgetränkten Feldern Flanderns fiel im Kriege ein Reitersmann, der sehr an seinem Leben hing, denn er hatte in seiner Heimat am Rhein ein hübsches Mädchen zurückgelassen, dessen schwarze Augen im Schimmer der Winterlampe glühten wie edler Wein. Der Soldat war dem Rufe des Kaisers gefolgt, der gesagt hatte, bis die Blätter fallen würden, seien alle tapferen Helden wieder zu Hause. Das hatte auch jenes jugendliche Mädchen gehört, und es freute sich; glaubte es doch bestimmt, daß sein Reitersmann zu den Wiederkehrenden, zu den gefeierten Helden gehören würde. Und dann hatte es ihm einen Tallsman, ein Amulett mit dem Bildnis der Heiligen Mutter um den Hals gehängt. Nun war es emsig dabei, Überraschungen für seinen Herzallerliebsten vorzubereiten, die auf dem Weihnachtstisch prangen sollten. Allerlei mit eigener Hand gefertigte Sachen und Säckelchen, für den künftigen, glückverheißenden Ehestand vorbestimmt.

Statt des Bräutigams kam aber am Tage des Friedensfestes, das feuriger, bruder- und friedensmordender Krieg umtobte, die Nachricht, daß der Reitersmann den Heldentod fürs Vaterland gestorben sei. Ein letzter Brief von ihm, der fast gleichzeitig eintraf, verfluchte dieses Vaterland samt dem Kaiser, der seine Soldaten belogen und betrogen. „Denn“ — so stand an einer Stelle des Briefes — „wer all das Schreckliche erlebt und gesehen da draußen im Kriege, der werde ein Ausgestoßener sein, und der ewige Frieden sei seiner Seele fern!“ Die frommen Leute, die diesen Brief vor Schrecken fast aus den Händen fallen ließen, waren entsetzt über diese Verheerungen in einem Menschengestalt; es wurde für recht befunden, daß man dem toten Krieger eine Seelenmesse lesen ließ. Damit und mit manchen recht bitteren Tränen schien der Fall erledigt.

In Flandern aber, wo der Soldat gekämpft und gelitten hatte und wo er gestorben war, bezog zu sein, eigentliches Heldenleben mit dem Tode. Man kannte dort die näheren Umstände seines Endes:

Als Meldereiter hatte er den Befehl bekommen, von dem Turm der Dorfkirche aus den Feind zu beobachten, und dem gläubigen Christen war mehr aus Entsetzen denn aus Widersetzlichkeit eine Weigerung über die Lippen gesprungen. Und weil man ihn nun weniger für gefährlich als für religiös übergeschnappt hielt, war die Strafe nach den Begriffen derer, die sie verhängten, milde: er mußte auf den Turm.

Eines Tages freilich blies feindliches Mißtrauen den Kirchturm um und begrub den Reiter unter seinem Schutt. Das war am Tage vor dem Christfest. Die Nacht darauf aber soll, wie Hellhörige und Hellsichtige wissen wollen, folgendes geschehen sein: Der Turm richtete sich mit einem Ruck auf, und an der Turmluke erschien der blutige Kopf des Soldaten. Man konnte deutlich sehen, wie er mit dem Munde das Glockenseil zog; Arme und Beine fehlten ihm. Die kleinen Glocken sandten in dieser Nacht einen Klang hinaus wie nie zuvor. Sie huben an mit Stöhnen und Wimmern, das zuweilen wie ein zitterndes Weinen ausklang. Dann wieder tönte es gleich einem abgehackten Drohen und Murren, und aus einem jammernden Fiehn wurde zum Schluß ein lautes Schreien, daß die Menschen sich verkrochen. Langgezogen tönte es über die Schneefelder, endlos wie das Leid, schmerzhaft wie die Not: „Mörder! Mörder! Mörder!“

Und ein Gesicht will beobachtet haben, daß ein Leutnant in den Turm stieg und oben dem verstümmelten Glöckner den Kopf abhieb. Nun aber seien die Schreie in ein schauerliches Gellen übergeschlagen und die Glocken hätten, immerfort weiterrasend, ins Land gerufen: Kain! Kain! Kain!

Von dem Leutnant aber habe man nie mehr etwas gesehen.

Am anderen Tage war das flandrische Feld wieder weiß, ein riesiges Schneefeld. Von dem unendlichen Leid fast nichts mehr zu sehen, es hatte sich ja in Höhlen und Gräben verkrochen. Oft noch wurde der Flecken Erde dort von Menschenhaß mit Menschenblut gedüngt.

Dann kam der Friede. Man baute die Kirche wieder auf.

Aber, so wird berichtet, in jeder Christnacht sehen die Leute, die dem Krieg ins Auge geschaut, wie sich urplötzlich neben dem neuen der alte Kirchturm straff aufrichtet. Ein blutiges Haupt erhebt sich, der Mund faßt nach dem Glockenseil, und ein Wimmern, Stöhnen, Weinen tönt aus den Glocken, daß den Menschen das Herzblut stockt. Und diese grauenhaften Klänge steigern sich zu wilden Schreien, und deutlich hört man die Worte: Mörder! Mörder! Mörder!

Obwohl man dem toten geisterhaften Glöckner monatlich eine Seelenmesse liest, ist noch in jeder Christnacht, wie ein warnender, anklagender Finger, der Turm mit dem blutigen Haupt aufgestanden.

Und die Schreie hört man bis tief zum Rhein, wo das schwarze Mädchen in der Christmette für das Seelenheil des Reiters betet.

Wie alt werde ich?

Die Lebensdauer des Menschen ist, wie bekannt, in den letzten 30 Jahren erheblich gewachsen. Zahlreiche Epidemien sind erfreulicherweise stark eingedämmt worden. Aber nicht nur die Todesfälle durch Krankheiten haben abgenommen, sondern auch die Abnutzung des menschlichen Körpers ist nach einwandfreien wissenschaftlichen Feststellungen geringer geworden, das heißt ein Mensch von 50 Jahren ist heute nicht so „alt“, also so abgenutzt wie ein Mensch von 50 Jahren vor 30 Jahren. In den Romanen Tolstois findet sich eine Charakteristik: „Er war ein Greis von 50 Jahren.“ Heute könnte ein Romanschriftsteller eine derartige Wendung nicht gebrauchen, außer wenn er damit sagen wollte, daß der Betreffende schon mit 50 Jahren ein Greis war.

Diese Verlängerung der „Jugend“ ist nicht eine Einzelercheinung, sondern so allgemein, daß sie in der Statistik ihren Ausdruck findet, die im Durchschnitt genau errechnet hat, wie alt ein Mensch werden kann, wenn er heute bereits ein bestimmtes Alter erreicht hat, wieviel Jahre der Betreffende also noch zu leben hat. Die durchschnittliche Lebensmöglichkeit ist nämlich in den verschiedenen Lebensaltern auch verschieden groß. Ausnahmen sind nicht in Betracht zu ziehen, da man nur die durchschnittliche Lebensdauer errechnen kann, die für die Mehrzahl der Menschen zutrifft, vorausgesetzt, daß nicht schwere organische Erkrankungen diese Berechnung zuschanden machen. Jugend rechnet nicht mit dem Tode. Wenn man aber den Höhepunkt des Lebens erreicht hat, also ungefähr mit 40 Jahren, dann beginnt der Abstieg, dann melden sich Beschwerden, Schwächen, „Ausfallerscheinungen“, die den Menschen ermahnen, mit der Gesundheit und den Körperkräften hauszuhalten, da ihre Erneuerung nicht mehr so reich und schnell erfolgt wie in der Jugend. Der Blutdruck beginnt vielfach zu steigen, hier und da machen sich Anzeichen von Verkalkung der Arterien bemerkbar, die Drüsen mit innerer Sekretion arbeiten nicht mehr so üppig. Aber ein Vierzigjähriger braucht darum nichts zu fürchten. Wenn er vernünftig lebt, hat er noch im Durchschnitt 30 Jahre zu leben, womit nicht gesagt ist, daß nicht ein großer Teil derjenigen, die heute 40 Jahre alt sind, 80 und 90 Jahre alt werden. Ein Mann von 50 Jahren erreicht im Durchschnitt ein Alter von 72 Jahren. Viele werden noch sehr viel älter, andere dagegen sterben schon früher, so daß sich nur ein Durchschnitt von 72 Jahren ergibt. Die Kranken beinträchtigen die durchschnittliche Lebensdauer, die errechnet wird.

Die Gesunden können sich darüber aber mit der Aussicht trösten, daß sie aller Wahrscheinlichkeit nach ein höheres Alter als die durchschnittlichen 72 Jahre erreichen werden. Die Menschen, die heute 60 Jahre alt sind, haben auch noch eine Lebenserwartung von rund 15 Jahren mindestens vor sich. Daraus ergibt sich, daß von den 50jährigen ein Teil die durchschnittliche Lebensdauer nicht erreicht hat, sondern schon vor

60 Jahren gestorben ist, so dass sich die Lebenserwartung derjenigen, die das 60. Lebensalter erreicht haben, um drei Jahre vergrößert hat.

Die Lebensalter zwischen den runden Jahrzehnten können mit ihren Erwartungen und Möglichkeiten nicht einzeln aufgezählt werden. Sie schliessen sich mit sinn-gemässen Abstufungen ungefähr den vollen Jahrzehnten an.

Bei gesunder Körperverfassung ist es in die Hand des Menschen gegeben, sein Leben zu verlängern. Dann kann er mit Recht von sich sagen: „Ich will noch 50 Jahre leben!“

Das Geheimnis der alten Bauten

Schon mancher stand staunend vor den alten Ruinen und Mauern längst verklungener Zeiten, ohne zu ahnen, wie sich die Haltbarkeit der Bauwerke erklären lässt.

schon sieben Jahre liegen hatte. Im allgemeinen verfügte jeder Maurer damals über mindestens sieben gefüllte Gruben.

Deutschlands Bierverbrauch

Der Bierverbrauch in Deutschland ist im letzten Jahre gegenüber dem Vorjahr um 16 Prozent zurückgegangen. Das ist erfreulich. Minder erfreulich ist aber, dass immer noch 4810 Millionen Liter Bier getrunken wurden.

Samuel der Suchende

lautet der Titel des Romans, mit dessen Abdruck wir in Nummer 1 des Jahres 1932 beginnen. Sein Verfasser ist Upton Sinclair, ein amerikanischer Schriftsteller von Weltruf.

Bücher und Zeitschriften

Der Große Brockhaus, Band 10. Kat bis Kz. 800 Seiten. Preis in Ganzleinen 26 Mk., bei Rückgabe eines alten Lexikons nach den festgesetzten Bedingungen 23,50 Mk.

Preis 1,50 Mk. — Der Verfasser wendet sich gegen die heutige Wirtschaftspolitik, die er „Abbauwahn“ nennt. Die Annahme, die Wirtschaft, die an einen Überfluß an Produktionsstätten, Produktionsmitteln und Waren aller Art krankt, durch Einschränkung der Produktion und Verarmen des Volkes retten zu können, ist ein phantastischer Glaube.

Das geduldige Albion. Roman von Paul Banks. Aus dem Englischen übersetzt von Karl Korn. Verlag Der Bücherkreis GmbH, Berlin SW 61. Preis in Ganzleinen 4,80 Mk.

Wettrennen nach dem Glück. Erzählungen von Max Barthel. Verlag Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Preis für die Mitglieder der „Büchergilde“ 3 Mk.

Doktor Dolittle's größte Reise. Von Hugh Lofting. Verlag Williams u. Co., Berlin-Grünwald, Douglasstraße 30. Preis, schön gebunden, 5,50 Mk.

interessiert ihn besonders. Er gibt schließlich dem Drängen Tommy Stubbins und der Tiere nach und schlägt vor, wieder einmal „Blinde Reise“ zu spielen.

Was ist das für ein Mensch Das Rätsel Matuschka, seine Verbrechen und sein Doppelleben. Von H. R. Berndorf. Preis 3 Mk. Verlag Dieck u. Co., Stuttgart.

Gut und sicher Ski fahren. Das Neueste in Skitechnik und Skitraining von A. Glucker. Mit 36 Bildern. Preis 1,25 Mk. Süddeutsches Verlagshaus G. m. b. H., Stuttgart, Birkenwaldstraße 44.

Fest- und Stimmungstränke. Mit und ohne Alkohol. Mit einer Anleitung zum Mixen. Von Dr. med. Hans Balzli. Mit Bildern. Süddeutsches Verlagshaus GmbH, Stuttgart, Birkenwaldstr. 44. Preis 1,25 Mk.

Das Olmowort 1932. Taschenkalender für Mitglieder u. Funktionäre des Verbandes, ist notwendig! Er ist ein wichtiger Ratgeber. Jeder Kollege bezieht ihn von seinem Beitragskassierer oder direkt von der Ortsverwaltung. Verlagsanstalt des Deutsch. Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Abteilung Buchhandlung, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Original-süddeutsche Hobelbänke 68 Mark, 2 m hintere Blattlänge, Stahlspindeln Werkzeug-Neuheiten. Sportschlitten-Kufen tsche. gebog., starke prima Ausführung. M. WALTHER Dresden 23 / Rehefelder Str. 53

Eine Höchstleistung des deutschen Buchhandels. Knaurs Konversations-Lexikon von A bis Z weiss alles 2,85. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin 10 16

Das Fachblatt für Holzarbeiter ist im Preise herabgesetzt, es kostet ab Januar 1932 monatlich nur noch 90 Pf. also vierteljährlich 2,70 Mark. Für Verbandsmitglieder, wenn sie es durch ihre Verwaltungsstelle beziehen, nur 1,80 Mark. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Abteilung Buchhandlung, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Hobelbänke 60 RM 2 m lg., kompl. Stahlsp., in Qualität, Blatt beste ged. Rotb. Preisl. gratis. Stuhlflechtrohr Beste, ergiebigste Qualität Halbg. rotband Nr. 2a 3a 4a pro Pfund Mk. 4,05 3,85 3,65 Bei 9 Pfund 10 Prozent Rabatt. Max Walther Dresden-N. 22, Rehefelder Str. 53

Leimlöten, Furnierböcke labriziert als Spezialität, Preisl. gratis. Original-süddeutsche Hobelbänke 74 Mk. 74 in Qualität, 200 cm hintere Blattlänge, kompl. mit Stahlspindeln, ab södd. Station, Garantie für ede Bank, Abbildungen u. Werkzeugkatalog gratis. M. WALTHER / Dresden-N. Rehefelder Strasse 53

Grosser Preisabbau! Billige böhmische Bettfedern! 1 Pfund graue, gute geschlossene Bettfedern 60 Pf., bess. Qual. 80 Pf., halbweisse laumige 1 M., 1,20 M., weisse, laumige geschlossene 1,50, 1,90, 2,50 M. feinste geschlossene Halbflaum-Herrschafsfedern 3, 4, 5, 6 M. Rupffedern, ungeschliffen, mit Flaum gemengt, halbweiss 1,35 M., weiss 1,95 M., weisser, allerfeinster Flaumrupf 2,25, 3,25, 4,25 M. Muster und Preisliste kostenlos. Versand jeder Menge zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfd. an auch portofrei. Nichtpassendes wird umgetauscht oder Geld zurück. S. Benisch, Prag XII, Amerika ulice Nr. 180, Böhmen.

Sprechmaschinen-Laufwerke zum Selbstbau, in Doppelschneckenfederwerk nur 11,50 Mark. Tonarme, Frichter, Schallröhren und alles in grosser Auswahl sowie Registrator-, Tisch- und Hausuhrwerke zum Selbstbau nach Kataloge gratis und franco versandt wird von Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 10